Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich 4,60 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 4,80 Mk.; durch die Post 4,80 Mk. ausschließlich Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 4,90 Mk. Einzelnummer 10 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 15 Pfg., im Reklameteil 50 Pfg., für Stellenanzeigen und Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 185 — Mittwoch, den 20. August 1919 — 46. Jahrg.

Abbau der Zwangswirtschaft.

Von C. Delius, Mitglied der Nationalversammlung.

Während des Krieges hat die Bevölkerung unter der Zwangsbewirtschaftung schwer gseufzt. Man war allgemein der Meinung, daß hier des Guten zu viel geschehen sei. Es blieb schließlich überhaupt nichts mehr übrig, was nicht unter Zwangsbewirtschaftung gestellt wurde. Daß damit häufig das Gegenteil erreicht wurde, ist bekannt. Für manche Nahrungsmittel war selbstverständlich eine Zwangsbewirtschaftung unbedingt erforderlich. Wer könnte etwa glauben, daß wir mit unserer Brotversorgung noch so leidlich durchgekommen wären, wenn nicht die öffentliche Bewirtschaftung erfolgt wäre?

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Zwangsbewirtschaftung sehr viel Nachteil und Unbequemlichkeiten im Gefolge hatte. Durch die Berufung von Nichtbeamten glaubte man zwar, daß kein Bürokratismus in den Verwaltungen dieser Stellen Platz greifen könnte. Freilich, hier erlebte man eine große Enttäuschung. Wenn früher mit Recht über den Bürokratismus der Behörden gesprochen worden ist, so ist der Bürokratismus bei den Kriegsstellen zum mindesten nicht kleiner, in den meisten Fällen aber viel krasser geworden. Tausende von Kriegsverordnungen sind erlassen worden, Verordnungen, die schon bei der Herausgabe den Stempel der Undurchführbarkeit in sich tragen. Durch diese vielen oft sehr unnötigen Eingriffe in die Bewegungsfreiheit der Erzeuger und Verbraucher ist eine ungeheure Mißstimmung in allen Kreisen der Bevölkerung erzeugt worden; namentlich die vielen schikanösen Bestimmungen für die Landwirtschaft haben bei dieser einen geradezu fanatischen Haß gegen alle Kriegsstellen hervorgerufen. Auf der anderen Seite aber haben die Eingriffe nicht verhindert, daß das Verschieben von Lebensmitteln und sonstigen notwendigen Sachen vermindert worden ist. Im Gegenteil kann man behaupten, daß der Schleichhandel immer mehr zunimmt und die Preise aller Waren, die im Schleichhandel zu erlangen sind, eine geradezu unsinnige Höhe erreicht haben. Jedenfalls hat sich gezeigt, daß die völlige Erfassung aller Vorräte und die gleichmäßige Verteilung trotz aller Maßnahmen sich leider nicht erfüllt haben. Nun unterliegt es ja gar keinem Zweifel, daß trotzdem nicht sofort die Zwangswirtschaft vollständig aufgehoben werden kann. Aber es ist notwendig, alles das wieder frei zu geben, was nicht unbedingt festgehalten werden muß, um die Bevölkerung vor Hunger zu schützen.

Die Deutsche demokratische Partei der Nationalversammlung hat deshalb folgenden Antrag gestellt: die Reichsregierung zu ersuchen, den planmäßigen Abbau der Zwangswirtschaft für Erzeugnisse der Landwirtschaft alsbald in folgendem Sinne in die Wege zu leiten:

1. Die Bewirtschaftung des Getreides ist auf Brotgetreide zu beschränken.
2. Fleisch und Milch sind nur noch in Höhe des Bedarfes für Kranke und Kinder zu bewirtschaften.
3. Ebenso ist die Zwangsbewirtschaftung für Kartoffeln im Falle einer guten Ernte aufzuheben. Auf jeden Fall sind Landwirte mit einer Kartoffelanbaufläche unter 2 Hektar von der Zwangsbewirtschaftung zu entbinden.
4. Die Zwangswirtschaft für alle sonstigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist sofort aufzuheben.
5. Die Höchstpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sind unter Berücksichtigung der Preisveränderung der wichtigsten Ge- und Verbrauchsgegenstände, sowie der Arbeitslöhne angemessen zu gestalten.

Die Einbringung dieses Antrages wird gewiß in allen Kreisen der Bevölkerung freudige Zustimmung finden. Der Antrag hält daran fest, daß vorläufig das Brotgetreide noch zu bewirtschaften ist. Eine Freigabe des Brotgetreides im gegenwärtigen Augenblick würde nicht zu empfehlen sein, da wir nach der Ernte erst ersehen können, ob wir mit unseren Brotgetreidevorräten ausreichen und welche Zuschüsse aus anderen Ländern noch erhältlich sein werden. Jedenfalls wird für dieses Jahr eine Freigabe noch nicht in Frage kommen können.

Dagegen ist es durchaus richtig, Fleisch und Milch nur noch für Kranke und Kinder vorweg sicher zu stellen, und dann für die übrige Bevölkerung beides frei zu geben. Gerade hier hat die Bewirtschaftung ganz ungeheure Folgen gehabt. Geheimschlachtungen in nie geahntem Umfange haben stattgefunden. Es steht fest, daß unser Viehbestand dadurch auf absehbare Zeit nicht wieder die alte Höhe erreichen wird. Die hohen Preise, die für Fleisch von den Schleichhändlern gezahlt worden sind, boten einen großen Anreiz für die Umgehung der Zwangswirtschaft. In den letzten Monaten hatte sich der Zustand doch so entwickelt, daß beinahe jedermann Fleisch im Schleichhandel zu allerdings sehr hohen Preisen beziehen konnte. Ebenso konnte man für sehr hohe Preise Milch bekommen. Wenn hier die Zwangsbewirtschaftung aufgehoben wird, was ja in Wahrheit nicht mehr bestand und tatsächlich zum Spott herausfordern mußte.

Der Antrag sieht dann vor, daß im Falle einer guten Ernte auch die Kartoffeln freigegeben werden sollen. Auch hier hat sich wesentlich im letzten Jahre gezeigt, daß eigentlich die Zwangsbewirtschaftung nur auf dem Papiere steht. Denn jedermann hat bei der viel zu niedrigen Kartoffelmenge, die jedem einzelnen zugebilligt war, große Mengen von Kartoffeln eingehamstert. Jedenfalls waren diese Mengen so groß, daß bei weitem die von der Bewirtschaftung erfaßten Kartoffelmengen überschritten wurden. Deshalb wäre es ein Unding und eine unsinnige Arbeitsverschwendung und Erschwerung der Versorgung, wenn man bei einer guten Ernte diese Zwangsbewirtschaftung beibehalten würde. Aber selbst, wenn es noch notwendig werden sollte, so muß unter allen Umständen der kleinere Besitzer von der Abgabe der Kartoffeln frei bleiben. Das will der Antrag, indem er eine Anbaufläche von unter 2 Hektar frei lassen will.

Grundsätzlich fordert dann der demokratische Antrag, daß für alle sonstigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse die Zwangsbewirtschaftung aufhören soll, also daß auch beispielsweise Gerste, Hülsenfrüchte und Butter frei zu geben sind. Das setzt voraus, daß auch die Rationierung aller Lebensmittel für den Landwirt selbst, mit Ausnahme des Brotgetreides, aufhört. Namentlich diese letztere Bestimmung würde bei der Landwirtschaft mit großer Befriedigung aufgenommen werden.

Wenn die freie Wirtschaft der landwirtschaftlichen Erzeugnisse eingeführt wird, ist natürlich selbstverständlich, daß eine Änderung der Höchstpreise stattfinden muß. Die Festsetzung der Preise muß natürlich in Einklang gebracht werden mit den Preisveränderungen der wichtigsten Verbrauchsgegenstände, Düngemittel usw., sowie der Höhe der Arbeitslöhne. Hier wird man die Preise so festsetzen müssen, daß auch dem Landwirt ein angemessener Gewinn verbleibt.

Jedenfalls zeigt dieser Antrag, daß es der Demokratischen Fraktion darauf ankommt, die Reibungsflächen, die durch die Zwangswirtschaft, namentlich auch in dem Verhältnis zwischen Stadt und Land, entstanden sind, zu beseitigen und durch die Freigabe der Wirtschaft wieder erträgliche Zustände für Erzeuger und Verbraucher herzustellen, insbesondere auch Mittel zu schaffen, was den unsinnigen Schleichhandel beseitigt und nach einiger Zeit eine angemessene Preisregulierung herbeiführt.

Die Durchführung des Friedens.

Die Entente und das Schicksal Memels.

Die vom Memeler Vorparlament zur direkten Verhandlung mit den Ententevertretern über die Klärung der künftigen Lage des Memelgebietes nach Berlin entsandte Kommission hat den alliierten Vertretern eine Denkschrift überreicht. Diese sagten ihnen, einer Königsberger Meldung des „Berl. Lok.-Anz." zufolge, schnelle Erledigung der Angelegenheit zu und stellten in Aussicht, daß eine Ententekommission baldigst an Ort und Stelle die Verhältnisse prüfen werde.

Wie unsere Kriegsgefangenen in England entlohnt werden.

Zu der Erklärung des Ministers Horne im Unterhause, daß die deutschen Kriegsgefangenen, die nie in England beim Ackerbau beschäftigt sind, den gleichen Lohn erhalten wie die britischen Arbeiter, teilt das Arbeiterblatt „Daily Herald" mit, daß die Bauern diese Beträge zwar auszahlen, aber nicht an die Kriegsgefangenen, sondern an die britische Regierung, die den deutschen gefangenen Arbeitern nur zwei oder drei Pence, das sind 25 ₰ täglich, zukommen lasse. Das übrige werde zurückbehalten, angeblich für den Lebensunterhalt der Gefangenen.

*

Der „Vater des Weltkrieges" gestorben.

Wie das Reuterische Büro aus Berlin meldet, ist der ehemalige russische Botschafter in Frankreich und ehemalige Minister des Äußern Iswolski in Paris gestorben.

Wenn die öffentliche Meinung der Welt die Macht hätte, eine wahrheit objektive Untersuchung der Frage der Schuld am Weltkriege von 1914/18 durchzusetzen, dann würde sich sicherlich ergeben, daß Alexander Iswolski, der einstige langjährige russische Minister des Äußern und spätere Vertreter des Zarenreiches in Paris einer der Hauptschuldigen an dieser gigantischen Katastrophe gewesen ist. Aber obgleich ein solches Untersuchungsverfahren Traum bleiben wird, weiß man doch, daß er sich des ungeheuren Verbrechens schuldig gemacht hat, auf diesen Zusammenbruch der europäischen Kultur mit allen, auch den verwerflichsten Mitteln, hingearbeitet zu haben.

Den höchsten Triumph seines Lebens erlebte er in den ersten Augusttagen von 1914, als die französische Regierung mit Poincaré an der Spitze mit wünschenswerter Bereitwilligkeit die Konsequenzen aus der Rechnung zog, die Iswolski ihr aufgemacht hatte. Der Umweg von seiner ersten diplomatischen Stellung beim Vatikan über Belgrad ins Ministerium des Auswärtigen in Petersburg hatte seiner Politik frühzeitig die Wege gewiesen, auf denen er dann als Vertreter seines Landes in der französischen Hauptstadt an das erstrebte Ziel gelangte. Hier wie in Petersburg war er der erste Vorkämpfer für die Ideen des Panslawismus, und in beiden Stellungen war sein Sinnen und Trachten gewesen, den Zustrom der französischen Milliarden nach Rußland zu lenken, wo mit ihnen Festungsforts gebaut und die Armeekorps aufgestellt und unterhalten wurden, die dann, nachdem mit der sorgfältig vorbereiteten Mobilmachung des gesamten Heeres, auf dem mit demselben französischen Gelde erbauten strategischen Eisenbahnnetz an die deutsche und österreichisch-ungarische Grenze geworfen wurden.

Man sagt, die entscheidende Richtung habe seine Politik im Jahre 1908 erfahren, als der österreichische Minister des Auswärtigen ihn mit der Annexion Bosniens überraschend vor eine vollendete Tatsache stellte. Das mag zutreffen oder nicht, heute wissen wir, daß die Politik Iswolskis letzten Endes erst möglich wurde, nachdem die deutsche auswärtige Politik sich für Pläne entschieden hatte, die sie in Gegensatz zu England bringen mußten. Aber vielleicht dürfte Iswolski mit einigem Recht auf die alles überstreffende Bedeutung der Dardanellenfrage für Rußland als Erklärung für seine Politik hinweisen, seine eigentliche Schuld liegt auf ganz anderem Gebiete. Sie ist darin zu suchen, daß er die furchtbaren Konsequenzen seiner diplomatischen Wühlarbeit aufsichtlich übersah, weil er von der einzigen Hoffnung beherrscht war, Rußland durch einen siegreichen Krieg vor der Revolution zu retten. Tatsächlich aber hat er diese erst heraufgeführt und außer ganz Europa vor allem sein unglückliches Heimatland der Vernichtung anheimgegeben, denn Rußland war das erste Opfer, was auf dem Altar des Weltbrandes gebracht wurde.

Zur Lage im Reiche.

Rückkehr der bayerischen Regierung nach München.

Berlin, 19. Aug. Die bayerische Regierung ist gestern von Bamberg nach München übergesiedelt.

*

Die Streikbewegung.

Der Streik in Oberschlesien geht weiter.

Seit Montag befinden sich weitere fünf Gruben des Rhbniker Reviers und auch das Hubchiner Revier im Ausstand. Wie wir von zuständiger Stelle hören, kann an einer Verbindung zwischen den spartakistischen Elementen und den polnischen Regulären kaum noch gezweifelt werden. Über die Auffassung in Berlin erfahren wir im Reichswehrministerium, daß kleine Vorstöße der Insurgenten in Oberschlesien da und dort noch pariert werden, sonst aber alle Angriffe zurückgeschlagen worden sind. Das Generalkommando in Breslau glaubt auch weiterhin Herr der Lage zu bleiben. Montag früh sind alle Gruben militärisch besetzt worden, um Sabotage zu verhindern. Die Nachricht von dem Eingreifen polnischer Reguläre bestätigt sich. Dem Generalkommando des 6. Armeekorps vorliegende Nachrichten lassen erkennen, daß mit dem Zuzug weiterer polnischer Regimenter, und zwar Hallerscher Truppen, gerechnet werden muß.

Neueste Nachrichten.

Neue Gesetzesvorlagen.

Weimar, 19. Aug. (Priv.-Telegr.) Der Nationalversammlung ist der Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrag, bas in zehn Abschnitte zerfällt, nach erfolgter Zustimmung des Reichsrats zur Beschlußfassung vorgelegt worden. — Der Nationalversammlung ist ferner der Entwurf der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft vom 23. März 1919 zugegangen.

Eine Erklärung des Reichskanzlers über die Lage in Oberschlesien.

Weimar, 19. Aug. (Priv.-Tel.) Am Schlusse der heutigen Vormittagssitzung der Nationalversammlung gab der Reichskanzler Bauer über die Lage in Oberschlesien folgende Erklärung ab: „Während in Berlin zwischen Preußen und Polen über friedlich-schiedliche Nachbarschaft verhandelt wird, haben in Oberschlesien Aufwiegler einen gewaltsamen bewaffneten Aufstand herbeizuführen versucht. Es sind die verschiedersten Nachrichten über den Stand der Dinge in Oberschlesien verbreitet. Zu meiner Freude kann ich mitteilen, daß diese Nachrichten wesentlich übertrieben sind und daß es wesentlich besser steht, als man nach diesen alarmierenden Nachrichten annehmen sollte. Es ist um 12 Uhr mittags die Mitteilung eingegangen, daß das Generalkommando Herr der Lage ist. Wo Polen bewaffnet eingedrungen sind, sind sie zurückgetrieben oder festgenommen worden. Nur im Gebiete der Linie östlich von Beuthen-Tarnoßß halten sich noch polnische Bewaffnete auf, die noch nicht gefaßt worden sind. Reguläre polnische Truppen sind auf deutschem Boden nicht angetroffen worden. Nach Meldungen des Generalkommandos trifft auch die Meldung über die Besetzung von Myslowitz nicht zu. Die Beschränkungen, die gehegt wurden, sind also nicht begründet. Wir sind militärisch stark genug, um dieser Putsche Herr zu werden. Es gibt eben nationalpolnische Kreise in Oberschlesien, die befürchten, daß die Volksabstimmung zu ihren Ungunsten ausfällt, und die deshalb unter allen Umständen jetzt schon feststehende Tatsachen schaffen wollen. Unsere Aufgabe wird sein, solche Bestrebungen zu verhindern und dafür zu sorgen, daß dem Friedensvertrag gemäß eine wirklich ungehinderte und unparteiische Entscheidung über Oberschlesien erfolgen kann. Die Regierung betrachtet es als ihre vornehmste Pflicht, die Oberschlesier vor solchen nationalpolnischen Angriffen zu schützen, und es erreicht uns zur Freude, feststellen zu können, daß die politische Bevölkerung diesen Dingen fernsteht und daß polnische Truppen sich nicht daran beteiligt haben. Ich glaube, daß diese Mitteilungen wesentlich dazu beitragen werden, beruhigend auch in Oberschlesien zu wirken". (Lebh. Beifall.)

Die Reichswehrtruppen in Chemnitz.

Chemnitz, 19. Aug. (Priv.-Telegr.) Die Reichswehrtruppen sind heute früh in Chemnitz eingerückt. Flieger warfen Proklamationen ab, in denen von der Besetzung der Stadt Mitteilung gemacht wurde und die Einwohnerschaft zur Ruhe ermahnt wird. Außerdem wurde eine Erklärung des Oberbefehlshabers Generalmajor Müller angeschlagen, in der die Besetzung der Stadt mit der Nichtbesolgung der Waffenablieferung begründet wird. Das Einrücken der Truppen vollzog sich ohne jede Störung.

Generalstreik im Ober-Elsaß.

Mülhausen, 19. Aug. (Priv.-Telegr.) Im ganzen Oberelsaß ist von der Arbeiterschaft ab Montag der Generalstreik erklärt worden. In Mülhausen hat die Straßenbahn den Betrieb eingestellt. Am Sonntag morgen setzte auch das elektrische Licht aus. Die öffentlichen Betriebe sind durch den Ausstand ebenfalls lahmgelegt.

Riesiger Franzosenzustrom nach der Pfalz.

Ludwigshafen, 19. Aug. (Priv.-Tel.) In der ganzen Rheinpfalz herrscht eine große Erbitterung über den riesigen Zustrom von französischen Zivilisten, die sich teilweise herausfordernd benehmen und wiederholt dadurch zu Zusammenstößen führten. Man befürchtet auch dadurch in der Pfalz Wohnungsenteignungen, da die von der französischen Behörden gehaltenen Wohnungen und Zimmer nicht in dem Maße freigemacht werden können, wie es verlangt wird.

Balfours Balkanpolitik.

Basel, 19. Aug. (Priv.-Tel.) Einer Meldung seines Korrespondenten zufolge berichtet der Mailänder „Secolo", daß der britische Auslandsminister Balfour kürzlich einem Balkanpolitiker erklärte: Entweder seid Ihr damit einverstanden, mit Österreich und Ungarn eine wirtschaftliche Union einzugehen oder wir werden uns damit befassen, in dieser oder jener Art die Donaumonarchie wieder zu rekonstruieren. In den Gegnern des neuen Regimes in Ungarn gehört in erster Linie Italien. Gegen die ungarische Reaktion richtet sich ferner die Demokratie der Weststaaten, vor allem Frankreichs.

Wieder eine Explosion eines Munitionslagers.

Bern, 19. Aug. (Priv.-Telegr.) Nach einer Meldung des „Temps" aus Mandeuge hat im Anorwald vorgestern eine zweite Explosion des Munitionslagers stattgefunden, der abermals 8 deutsche Kriegsgefangene zum Opfer fielen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190820-10/fragment/page=0001

Ein Aufruf Hörsings.

Gleiwitz, 18. Aug. Der Staatskommissar erläßt folgenden Aufruf an die Bevölkerung Oberschlesiens:

Seit mehreren Monaten versuchen Unabhängige, Spartakisten und von Polen bezahlte Subjekte Ruhe und Ordnung zu stören. Ruhige Arbeiter werden an der Arbeit verhindert. Frauen und Kinder leiden bittere Not. Unter den nichtigsten Vorwänden, mit Lug und Trug werden Streiks, zu Generalstreiks inszeniert. Infolgedessen herrscht im Lande die bitterste Kohlennot. Die Fabriken müssen stillgelegt werden, zahllose Arbeiter müssen feiern und haben keinen Verdienst. Es kann kein Essen mehr gekocht werden. Die Notstandsarbeiten liegen still. All diesem Wahnsinn und diesem Verbrechen konnte ich nicht zusehen, besonders nicht, als am Sonntag und Montag der bewaffnete Aufstand mit Plünderungen einsetzte. Ich ersuche alle vernünftigen Arbeiter, sofort die Arbeit aufzunehmen und Ruhe und Ordnung einzuhalten, damit es nicht zu schweren Strafen, die aus dem Standrecht folgen, kommt. Das Standrecht wird verschwinden, sobald Ruhe und Ordnung eingetreten sind. Arbeiter, Bürger! Ich rechne auf die Vernunft und Hilfe aller, die in geordneten Zuständen leben und die unschuldige Menschheit durch Streikwahnsinn und Unruhen nicht länger quälen wollen.

Verschärfter Belagerungszustand in Oppeln.

Breslau, 19. Aug. Von seiten des Kommandos des 6. Armeekorps und des Staatskommissars für Oberschlesien und Westposen wurde der verschärfte Belagerungszustand (Standrecht) für den Regierungsbezirk Oppeln mit Ausnahme der Kreise Loebschütz, Neustadt, Neiße, Grottkau und Falkenberg erklärt. Die Verordnung enthält das Verbot des Streiks. Alle streikenden und von der Arbeit durch Zwang ferngehaltenen Personen haben sich sofort an ihre Arbeitsstelle zu begeben und die Arbeit umgehend aufzunehmen.

Die Presstelle des Staatskommissars teilt mit: Im Laufe des Vormittags hat sich im Oberschlesischen Aufstandsgebiet die Lage wesentlich gebessert. Das Militär ist vollkommen Herr der Lage, und es besteht begründete Hoffnung, daß die Unruhe des Nachmittags noch sämtliche Insurgentennester gesäubert werden können. Soweit sich die Lage bis jetzt überblicken läßt, handelt es sich weniger um polnische Legionäre, d. h. reguläre polnische Truppen, als um polnische Banden. Die Verluste im Beuthener Bezirk betrugen auf deutscher Seite 15 Tote und 30 bis 40 Verwundete.

Noske und der polnische Putsch in Oberschlesien.

Der Reichswehrminister Noske hat zur Abwehr des polnischen Aufstandes die notwendigen Maßnahmen angeordnet. In der Grenzprovinz befinden sich ausreichende Truppenmengen. Dem Staatskommissar Hörsing und den dortigen Generalen sind weitgehende Vollmachten eingeräumt. Der Zusammenhang des gewaltsamen Putsches, der an einzelnen Orten gemacht wurde, mit dem Bergarbeiterstreik wird durch die Tatsache für erwiesen gehalten, daß sich unter den Forderungen der Bergarbeiter die Aufhebung des Belagerungszustandes und die Öffnung der polnischen Grenze befanden. Die Lage gilt als sehr ernst, aber angesichts der militärischen Machtmittel wird der weiteren Entwicklung mit Ruhe entgegengesehen.

Polnische Meuchelmörder.

Gleiwitz, 19. Aug. Im Kreise Pleß wurden heute an einer einzigen Stelle dreizehn scheußlich zugerichtete Leichen deutscher Soldaten einer überfallenen Feldwache gefunden. Meldungen über Greueltaten der Aufständ'schen laufen von allen Seiten ein. Die Bevölkerung bittet um Schutz, da sie Plünderungen auch der Ernte fürchtet. Alle Vorkehrungen sind militärischerseits getroffen worden.

Arbeitslosendemonstration in Köln.

Köln, 19. Aug. Gestern mittag kam es zu einer großen Demonstration der Arbeitslosen, stellenlosen Kaufleuten und Notstandsarbeitern vor dem Rathause. Vormittags hatte im großen Gürzenichsaale eine Versammlung stattgefunden, in der diese drei Gruppen eine Entschließung annahmen, in der unter anderm von der Stadtverwaltung die Erhöhung der bisherigen Sätze der Arbeitslosenunterstützung, Gewährung einer Teuerungszulage gefordert wurden. Eine Kommission wurde nach dem Rathause entsandt, welche mit der Stadtverwaltung verhandeln und die Antwort zurückbringen sollte. Als der Bescheid kam, daß der Oberbürgermeister auf Urlaub sei, bestürmten die Teilnehmer, sich bei Ihm Antwort selbst vom Rathause zu holen. Sie zogen gegen 11 Uhr vor das Rathaus, wo sie den Beigeordneten Dr. Löhe aufforderten, sofort mit einer Kommission die Verhandlung über die Forderungen aufzunehmen.

Ein politischer Mord!

Berlin, 19. Aug. Nach der „B. z. A. M." stellt sich der Mord an dem landwirtschaftlichen Inspektor Blau nach den neuesten Ermittlungen ein politischer Mord dar, der von den Kommunisten an dem von ihnen des Spitzeltums verdächtigten Manne verübt worden ist.

Man soll in Bayern, besonders in München, im Dienste der bayerischen Regierung gegen die Kommunisten tätig gewesen sein. Als er am Abend des 1. August hier in einer kommunistischen Versammlung in der Aula des Friedrichs-Realgymnasiums erschien, wurde er erkannt, durchsucht und von dem leitenden Komitee zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde unmittelbar darauf vollstreckt, daß man Blau gefesselt in eine Decke hüllte und ins Wasser warf. Die an dem Morde beteiligten Personen sind der Kriminalpolizei bekannt.

*

Abtrünnige Rheinländer.

Elberfeld, 19. Aug. Ein neugegründeter Rheinlandsbund fordert sofortige Errichtung eines nach West und Ost unabhängigen Volksstaates im Föderativverbande mit den in Bildung begriffenen oberrheinischen Republiken. Der Vorsitzende ist der unabhängige Sozialdemokrat Josef Smeets. Der Bund setzt sich aus Mitgliedern aller Parteien zusammen. Überwiegend dürften wohl die radikalen Arbeitermassen und Bauernvertreter der Rheinischen Volksstimme dabei vertreten sein. Von Forderungen seien erwähnt: aufrichtige Abwägung der Arbeiter- und Bauerninteressen; Verbilligung der Nahrungsmittel durch Aufnahme unmittelbarer Beziehungen zwischen Arbeiter und Bauer; Gewinnbeteiligung der arbeitenden Klassen an den Unternehmungen zur Hebung der Arbeitslust; Respektierung des rheinischen Eigentums im Auslande und der rheinischen Flagge auf dem Meere; Hebung des rheinischen Gefühlwertes; Errichtung einer eigenen rheinischen Miliz und entsprechende Herabsetzung der Besatzungstruppen.

Politische Übersicht.

Frankreichs Ernährungslage.

Die Befürchtungen, daß die diesmalige Ernte in Frankreich sehr unbefriedigend sein würde, waren, französischen Blättern zufolge, übertrieben; sie wird zweifellos schlechter ausfallen als in vorigen Jahre, ist jedoch ziemlich zufriedenstellend. Zur Deckung des Ausfalles können die Getreideernten anderer Länder herangezogen werden. Der Gedanke der Wiedereinführung von Brotmarken ist bereits aufgegeben worden. Schwieriger ist die Fleischnot. Der Viehbestand ist durch den Krieg außerordentlich geschwächt worden. Der Bestand an Rindern nahm um 1 Million auf 14 Millionen, an Schafen um 7 Millionen auf 16 Millionen und an Schweinen um 3 Millionen auf sieben Millionen ab. Die Verschlechterung trat jedoch nicht nur der Zahl nach, sondern infolge des schlechten Futters dem Gewichte nach ein. Die Fleischfrage wird im ganzen aber nicht bedenklich sein, wenn sich der Geschmack der großen Masse der Verbraucher an das Gefrierfleisch mehr gewöhnen wird. Der Verbrauch von Gefrierfleisch, der 1915 noch ganz unbedeutend war, stieg von 5943 Tonnen, die 1916 in Paris verteilt wurden, auf 6434 Tonnen 1917 und 8562 Tonnen 1918. Im Januar 1919 wurden verteilt 1000 Tonnen, Februar 1200 Tonnen, März 6500 Tonnen, im ganzen mehr als 20000 Tonnen vom Januar bis Ende Mai 1919. Man hofft, daß die Einfuhr von Gefrierfleisch die Preise des frischen Fleisches senken und die Spekulation vermindern wird.

Deutschland.

Der Gesetzentwurf über den Staatsgerichtshof im Ausschuß.

Der achte (Verfassungs-) Ausschuß trat unter dem Vorsitz des Abg. Haußmann zur Beratung des Gesetzentwurfes über die Errichtung eines Staatsgerichtshofes zusammen und nahm eine Generaldebatte über den Gesetzentwurf vor, wozu der Berichterstatter Dr. Sinzheimer (Soz.) und der Mitberichterstatter Wermuth (Dn.) schriftlichen Bericht erstattet hatten. Der Vorsitzende sowie die Abgeordneten Dr. Spahn (Ztr.), Sinzheimer (Soz.) und Petersen (Dem.) regten an, sofort einen Unterausschuß nach Artikel 24 der Verfassung durch die Nationalversammlung einsetzen zu lassen und bis die Reichsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf auf Errichtung nicht eines außerordentlichen, sondern eines ordentlichen Staatsgerichtshofes gemäß Artikel 108 der Verfassung möglichst rasch vorzulegen. Es wurde ein Unterausschuß, bestehend aus dem Vorsitzenden, den beiden Berichterstattern und den Abgeordneten Dr. Spahn, Graf Dohna und Geyer (U. S.) gebildet, welcher einen formulierten Antrag unterbreiten wird.

Erhöhung der Zeugengebühren.

Im Ausschuß für Volkswirtschaft fand nach längerer Erörterung eine Vorlage über Erhöhung der Zeugengebühren einstimmige Annahme. Der Hauptartikel wurde wie folgt gefaßt: Die Entschädigung eines Zeugen oder Sachverständigen für den durch Abwesenheit von dem Aufenthaltsort verursachten Aufwand (§ 8 der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige) kann bis auf weiteres bis zum Höchstbetrage von 15 ℳ für jeden Tag, an dem der Zeuge oder Sachverständige von seinem Nachtquartier abwesend gewesen ist und bis zum Höchstbetrage von 8 ℳ bemessen werden, wenn der Zeuge oder Sachverständige nicht genötigt ist, ein fremdes Nachtquartier zu bezahlen.

Falls die Lebensmittelpreise nicht sinken . . .

Eine Anfrage des sozialdemokratischen Abg. Kohnr weist darauf hin, daß die vom Reichskabinett angeordnete Senkung der Lebensmittelpreise von einer Anzahl Gemeindevermaltungen durchkreuzt wird, so daß die schon in den Eisenbahnwerkstätten vorhandene Erregung geleistet und neue Streikbewegungen zu befürchten sind. Der Spartakusbund benutzt die Gelegenheit, um in einem Rundschreiben folgende Schlußfolgerung zu ziehen: „Ziel der Agitation muß sein, Perspektiven den Eisenbahnern vor Augen zu stellen, ihnen zu zeigen, daß die Zugeständnisse, Lebensmittelbereitstellung u. a. Schwindel sind, und daß es für sie kein anderes Ziel gibt als für das Gesamtproletariat: die Räterepublik." Im Zusammenhang damit steht auch die Bildung des mitteldeutschen Blockes der Eisenbahnbeamten zur Vorbereitung eines neuen Streiks. (Was sagt der Eisenbahnbeamten-Gewerkschaftsbund zu diesem Zeugnis aus dem sozialdemokratischen Lager? Die Red.) Es besteht kein Zweifel, daß diese Bestrebungen Boden gewinnen, wenn die von der Reichsregierung beschlossenen Preisherabsetzungen von einzelnen, ihrer Verantwortung offenbar nicht bewußten Gemeindeverwaltungen durchkreuzt werden. Ist die Reichsregierung bereit, sofort energische Maßnahmen zu treffen, um die Durchführung ihres am 28. Juli gefaßten Beschlusses in allen Gemeinden sicherzustellen?

Merseburg und Umgegend.

19. August.

** **Personalnachrichten.** Die Genehmigung zur Führung des Militärkennzeichens ihres Verlobten — des auf dem Felde der Ehre gefallenen Leutnants d. Res. und Kompanieführers Dr. phil. Hans Schaefer — und zur Führung des Titels Frau ist Frl. Elisabeth Hartung, Tochter des hiesigen Studienrats Prof. Hartung, durch den Minister des Innern verliehen worden. Dr. Schaefer war vorübergehend auch am hiesigen Domgymnasium tätig.

** 700jährige Reminiszenz. Vor 700 Jahren, am 19. August 1219, zu Pegau, entschieden Erzbischof Albert von Magdeburg, Bischof Engelhard von Naumburg und Bischof Ekkehard von Merseburg im Auftrage des 1215—1250 regierenden Kaisers Friedrich II. aus dem Haus Hohenstaufen, den Streit zwischen Markgraf Dietrich von Meißen und Abt Sifrid von Pegau. Erzbischof Albert von Magdeburg regierte 1205—1232, Bischof Engelhard von Naumburg 1207 bis 1242, Bischof Ekkehard von Merseburg 1216—1240. Markgraf Dietrich von Meißen starb 1221 und Abt Sifrid von Pegau 1223. Die Urkunde befindet sich in der Stadtbibliothek zu Leipzig. Der Streit betrifft Brücken, Wege, Zoll und Gerichtsbarkeit. Unter den Zeugen der Urkunde befindet sich Gunzelin von Krosigk, mit dem die bis in unsere Zeit für die Merseburgische Geschichte so bedeutende Familie von Krosigk zum zweitenmal in Erscheinung tritt. Ein paar Jahre zuvor ist in der Urkunde vom 20. Juli 1216 die Familie mit Friedrich von Krosigk zuerst bezeugt.

** **Höchstpreise für Frühzwiebeln.** Wie wir einer Verordnung des Wirtschaftsministeriums entnehmen, werden die gegenwärtig geltenden Höchstpreise für Frühzwiebeln auf Anordnung der Reichsgemüsestelle dahin abgeändert, daß von nun ab für Frühzwiebeln ohne Kraut der Erzeugerhöchstpreis 12, der Großhandelshöchstpreis 18 und der Kleinhandelshöchstpreis 25 ℳ beträgt. Bis mit 15. August darf für solche Zwiebeln, die noch aus Lieferungen unter der Herrschaft der zurzeit geltenden Erzeuger- und Großhandelshöchstpreise stammen, der alte Kleinhandelspreis von 43 bezw. 45 ℳ gefordert werden. Zu diesem Preise dürfen jedoch keinesfalls solche Zwiebeln verkauft werden, die zu den neuen Erzeuger- und Großhandelspreisen an den Kleinhandel geliefert werden.

** **Das Herbstgemüse bleibt von der Zwangswirtschaftung frei.** Der Reichsernährungsminister hat sich damit einverstanden erklärt, daß auch das Herbstgemüse von jeder Zwangsbewirtschaftung frei bleibt.

** **Der Privattelegrammverkehr mit Italien** ist wieder aufgenommen. Die Gebühr für das Wort beträgt bei gewöhnlichen Telegrammen 30 ℳ. Zugelassen sind Telegramme in offener deutscher, englischer, französischer, italienischer und japanischer Sprache.

** **Keine billigeren Schuhwaren.** Aus Schuhhändlerkreisen wird uns geschrieben: Beim Publikum ist die Auffassung verbreitet, daß die Schuhwaren nach Aufhebung der Zwangswirtschaft billiger werden. Aber auf keinen Fall gerechnet werden. Die Preise für Schuhwaren müssen im Gegenteil noch weiter steigen, weil die Schlachtungen beschränkt werden, um den Viehbestand zu heben, und weil deshalb Häute, Felle und Leder vom Ausland eingeführt werden müssen. Die Preise für diese Rohstoffe (die gesetzlichen Lederpreise sind vom Mai d. J. bis jetzt bereits um 50 Prozent gestiegen) sind durch den schlechten Stand der deutschen Valuta und die Zahlungen des Zolles in Gold so außerordentlich hoch, daß ein fertiger Stiefel schon in der Fabrik um wenigstens 30 ℳ teurer ist als bisher. Auslandsschuhwaren werden sich durch den schlechten Stand der deutschen Valuta ebenfalls sehr verteuern und sich noch höher stellen als die deutschen Waren.

** **Auskunftsstellen für die zurückkehrenden Kriegsgefangenen.** Bei den Heimkehrabteilungen der Generalkommandos ist eine Auskunftsstelle für zurückgekehrte Kriegsgefangene einzurichten, die vom Kriegsministerium (Mobilmachungsabteilung) mit dem nötigen Material ausgerüstet wird, um Auskunft über die für die zurückkehrenden Kriegsgefangenen zuständigen Ersatztruppenteile, Rumpfformationen und Bezirkskommandos geben zu können. Die Heimkehrabteilungen (Auskunftsstellen) haben alle mündlichen und schriftlichen Eingaben ehemaliger Kriegsgefangener in Empfang zu nehmen und gegebenenfalls an die zuständige Stelle weiterzuleiten. Dem Gesetzlicher ist von der Weitergabe oder vom Stande der Angelegenheit in entgegenkommender Weise Kenntnis zu geben. In der gleichen Weise sind die Bezirkskommandos, Garnisonkommandos oder andere militärische Dienststellen verpflichtet, militärische Gesuche von Leuten, die in ihrem Bezirk sich aufhalten oder sich an sie wenden, auf jeden Fall anzunehmen und ihre Eingaben in den richtigen Geschäftsgang zu bringen.

** **Stellenvermittlung für Kriegsbeschädigte durch die öffentlichen Arbeitsnachweise.** Im zweiten Vierteljahr 1919 wurden von den öffentlichen Arbeitsnachweisen in der Provinz Sachsen und im Freistaat Anhalt insgesamt 1171 Kriegsbeschädigte vermittelt, darunter 503 Schwerbeschädigte. 531 wurden im alten Beruf untergebracht, während 640 sich einem neuen Beruf zuwenden mußten. Zurzeit sind bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen etwa 750 stellungsuchende Kriegsbeschädigte gemeldet; durch die im Gang befindliche Auflösung des alten Heeres steigt ihre Zahl noch dauernd. Anmeldungen von offenen Stellen für Kriegsbeschädigte nehmen die öffentlichen Arbeitsnachweise sowie der Arbeitsnachweisverband Sachsen-Anhalt, Magdeburg, Breite Weg 246, 8 Tr., jederzeit dankbar entgegen. Der Verband gibt einen besonderen, wöchentlich erscheinenden Stellenanzeiger für Kriegsbeschädigte heraus, der dauernd zahlreiche Stellengesuche von Kriegsbeschädigten aller Berufe enthält und von Behörden und Betrieben zum Preise von 15 ℳ pro Jahr bezogen werden kann. Offene Stellen werden kostenlos aufgenommen.

** **Merseburg im Bilde** von seinen schönsten landschaftlichen Stellen und baulich interessanten Punkten zu zeigen, ist dem Verlag Paul Schultze in Merseburg (Gotthardtstraße) in einer soeben herausgegebenen neuen Serie Ansichtskarten in bester Weise gelungen. Die Karten zeigen eine sehr wirkungsvolle Auswahl, sowie einen großen Durchblick durchs Krumme Tor, zwei Karten nach Originalzeichnungen über den Dom und die Stadtkirche von erhöhtem Stande aus — von denen die Stadtkirch-Karte eine gefällig wirkende Weitsicht bietet —, eine neue Seitenaufnahme der Landesversicherungsanstalt mit Umgebung, eine vorzügliche, ruheatmende Partie am Gotthardtsteich mit Fußbad nehmenden Kindergruppen, eine den ganzen landschaftlichen Reiz der Saalegegend und des Flußlaufes wiedergebende Aufnahme der Neuen Saalebrücke und eine ansicheinend etwas zu helle Raharpartie des Bootshauses der Merseburger Rudergesellschaft mit vorliegendem breiten Saalebett und der Neuen Saalebrücke. Die Ansichten zeigen besonders die Wiedergabe von sehr schönen Landschaftsbildern, die ein Kennerauge liebevoll gesucht. S.

** **Die deutsch-demokratische Staatsbürgerschule** und politische Volkshochschule in Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27, beginnt ihre Vorlesungen am 15. September 1919. Die Vorlesungen dauern von September bis Dezember. Die politische Volkshochschule ist begründet und wird geleitet von dem Mitglied der Nationalversammlung und Vorsitzenden der Deutschen demokratischen Partei D. Fr. Naumann und M. d. R. Wilh. Heile. Die Kurse sollen zur tatkräftigen Beschäftigung mit politischen Fragen anregen und den bereits in der politischen Arbeit Stehenden das notwendige Rüstzeug zur Erweiterung und Vertiefung ihrer Arbeit liefern. Sie sind vor allem gedacht, die notwendigen Kenntnisse und Festigkeiten für die berufliche politische Arbeit in der Partei zu vermitteln. Besondere Vorkenntnisse sind nicht Bedingung. Es können jedoch der ganze Kursus als auch beliebige Einzelvortragsreihen belegt werden. Es werden Vorlesungen halten: D. Fr. Naumann, M. d. R.-A., Friedrich Weinhausen, der Vorsitzende des Deutschen Bauernbundes und M. d. R.-A. Dr. L. Böhme, Verlagsdirektor Georg Bernhard, Redakteur Martin Wenck, der Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg, Chefredakteur und M. d. R.-A. Wilhelm Heile, Bürgermeister und M. d. R.-A. Dr. Luppe, die Mitglieder des Parteibüros für Sozialpolitik Dr. Ludwig Heyde, Dr. Käthe Gaebel und Else Lüders, Universitätsprofessor Dr. Bergsträsser, Universitätsprofessor und M. d. R.-A. Dr. Ludwig Quidde, Chefredakteur und M. d. R.-A. Otto Nuschke, Mitglied der Zentralstelle für Völkerrecht Professor Ernst Jäckh, Dr. Franz Pauli und Dr. Paul Rohrbach. Vorlesungsplan und Bedingungen sind auch im Parteisekretariat der D.-D. P. in Merseburg, Kleine Ritterstraße 3, einzusehen.

** **Der 40. Verbandstag** des Verbandes Gabelsbergerscher Stenographenvereine Sachsen und Anhalt fand in Bernburg statt. Es wurde dabei u. a. eine Entschließung gefaßt, in der die Erwartung ausgesprochen wurde, daß die preußische Regierung die Gabelsbergersche Schnellschrift ebenso wie berücksichtigt andere Freistaaten zum Einheitssystem erheben werde. Den Ehrenmitglied hob das Ehrenmitglied des Verbandes, Lehrer Stiebner aus Halle a. S. Der Redner behandelte die Entwicklung der Gabelsbergerschen Schnellschrift und ihre Vorzüge gegenüber anderen Systemen. Mit den Tagungen war ein Wettschreiben verbunden, an dem sich über 200 Personen beteiligten, die in den Stufen von 60 bis 260 Silben schrieben, mit Ergebnis 75 Proz. Alle Arbeiten konnten als preiswürdig anerkannt werden. Von der Stadt Bernburg und anderen Gönnern sind Förderern des Gabelsbergerschen Systems waren eine große Anzahl wertvoller Ehrenpreise gestiftet worden. Ferner fand eine Geschäftsstenographenprüfung statt, der sich 31 Damen und Herren unterzogen.

** **Die Rechnungsführerschule in Merseburg,** die seinerzeit von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen zur Ausbildung landwirtschaftlicher Büroarbeiter errichtet wurde und während des Krieges geschlossen war, wird Anfang Oktober wieder eröffnet. Der Lehrgang umfaßt 4½ Monate und dauert von Anfang November bis Mitte März. Lehrplan und Aufnahmebedingungen sind von der Landwirtschaftskammer in Halle, Kaiserstraße 7, zu beziehen.

*

Die Versammlung der Deutschen demokratischen Partei

am heutigen Abend im Gasthaus „Zur grünen Linde" sei nochmals allen Mitgliedern der Partei ins Gedächtnis gerufen. Die Tagesordnung — Berichterstattung über den Parteitag und Besprechung politischer Tagesfragen und interner Angelegenheiten — ist für jedes Mitglied und jeden wahrhaft demokratischen Staatsbürger sehr wichtig und erfordert zahlreichen und pünktlichen Besuch der Versammlung.

*

Stundung und Teilzahlung der Einkommensteuer.

Infolge der verspäteten Einkommensteuerveranlagung sind auch im laufenden Jahre zum Teil Steuerfälligkeiten kurz nacheinander fällig geworden. Wenn auch die Staatssteuerverwaltung die grundsätzliche und allgemeine Zahlung der Einkommensteuer in Teilscherben, etwa in Monatsraten, nicht zugelassen kann, so ist sie doch zu Entgegenkommen und zur Milderung etwaiger Härten gern bereit. Das preußische Finanzministerium hat bereits zu Anfang vorigen Monats an sämtliche Regierungsbehörden einen Erlaß gerichtet, der die Anweisung enthält: „Wenn infolge verspäteten Abschlusses der Veranlagung und der dadurch verursachten gleichzeitigen Fälligkeit mehrerer Vierteljahrsraten im Einzelfalle eine unbillige Härte entstehen würde, ist den Steuerpflichtigen hinsichtlich der Zahlungsweise der Steuern durch Bewilligung von Stundung und Teilzahlungen jede zulässige Erleichterung zu gewähren."

*

Zur Neuwahl der Provinziallandtage.

Nach der soeben ergangenen Ausführungsanweisung zum Gesetz betreffend die Neuwahl der Provinziallandtage ist die Durchführung der Wahlen mit größter Beschleunigung einzuleiten. Zu diesem Zweck sind insbesondere a) durch den Oberpräsidenten die nach der Provinzialordnung erforderlichen Anordnungen zu treffen; b) unverzüglich durch den Provinzialausschuß die Feststellung der Zahl der von den einzelnen Kreisen bezw. Wahlbezirken zu wählenden Abgeordneten vorzunehmen und durch die Amtsblätter der Provinz zu veröffentlichen; c) durch den Provinzialausschuß die näheren Bestimmungen über die Durchführung der Verhältniswahl bei der Wahl der Provinziallandtagsabgeordneten in Stadt- und Landkreisen zu erlassen.

Von den bisherigen Bestimmungen über die Zusammensetzung des Provinziallandtages bleiben aufrecht erhalten: a) die Vorschrift der indirekten Wahl der Provinziallandtagsabgeordneten; b) die Grundsätze über die Verteilung der Provinziallandtagsabgeordneten auf die einzelnen Kreise. Die Bestimmungsvollsten Abänderungen, die durch das Zusätzgesetz vom 16. Juli eingeführt werden, sind folgende: a) Der der Verteilung der Abgeordneten zugrunde zu legenden Einwohnerzahl von 1910 ist die Zahl der damals in dem betreffenden Kreise gezählten Militärpersonen hinzuzurechnen. Eine Bestimmung, die sich insbesondere in den größeren Städten bemerkbar machen wird. b) Die Voraussetzungen für das passive Wahlrecht sind in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Gemeindewahlordnungen und der Kreistagswahlordnung sehr erweitert. Zugleich sind die Bestimmungen, die gewisse Beamtengruppen von der Wählbarkeit ganz für Provinziallandtag ausschlossen, aufgehoben. c) In den Stadtkreisen ist der Magistrat von der Teilnahme an der Wahl der Provinziallandtagsabgeordneten ausgeschlossen. d) Die Wahl der Provinziallandtagsabgeordneten erfolgt, sofern mindestens zwei Abgeordnete zu wählen sind, nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. e) Die Wahl des Provinziallandtagsausschusses mit Ausnahme seines Vorsitzenden und des Stellvertreters, sowie die Wahl der Provinzialkommissionen erfolgt gleichfalls nach den Grundsätzen der Verhältniswahl.

In den Landkreisen erfolgt die Wahl der Provinziallandtagsabgeordneten durch die Kreistage, in den Städten ohne kollegialischen Magistrat und bei den Bürgermeister auch bei diesen Wahlen sein volles, ihm gesetzlich zustehendes Stimmrecht. Ausgeschoben sind insbesondere die Bestimmungen, durch die der Oberpräsident, die Regierungspräsidenten, sowie die Provinzialbeamten von der Wählbarkeit zum Provinziallandtagsausschusse ausgeschlossen sind.

Unsere diesjährige Ernte.

Bei der Beständigkeit des trockenen Wetters sind nun noch einige Tage nötig, dann ist die Ernte in die Scheuern gebracht. Der Schluß der Erntearbeiten entspricht den Terminen der früheren Jahre, wenn auch in diesem Jahre die Ernte um 14 Tage später ihren Anfang genommen hat. Allerwärts vernimmt man recht zufriedenstellende Urteile über die Erträgnisse der diesjährigen Ernte. In unserer Gegend rechnet man beim Roggen mit einem Körnerertrag von 50 Zentnern auf den Hektar, dasselbe gilt von der Wintergerste. Das Sommergetreide hat den Erwartungen für Länge und Masse der Halme nicht entsprochen und steht in dieser Beziehung dem Roggen wesentlich nach. Es ist die nötige Feuchtigkeit und Wärme während der Entwicklung der Sommersaaten ausgeblieben. Immerhin kann bei dem Weizen mit einem Ertrag von 40 Zentnern auf den Hektar und bei Hafer mit 15 Zentnern gerechnet werden. Ausfall und Auswuchs haben in diesem Jahre keine Verluste gebracht. Was an Körnern verloren gegangen ist, fällt auf das Konto der mäßigen Feldbiebstähle, über welche in diesem Jahre berechtigte Klagen zu führen gewesen sind. Es machte sich eine wesentliche Verstärkung der Flurbewachung nötig. Ährenleser betraten wiederholt und hartnäckig Fluren, die noch nicht abgeerntet waren. Für die Kartoffeln, die zahlreich angelegt haben,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190820-10/fragment/page=0002

auch für Rüben und Kraut ist ein durchgehender Regen recht bald notwendig. Wiesen und Kleeäcker leiden durch die Trockenheit und bereiten dem Landmann Sorgen um rein Viehfutter.

*

35. Bildungsabend.

Zur Eröffnung gab der Leiter, Oberlehrer Hempricht, eine Reihe Bekanntmachungen, die davon Zeugnis ablegen, wie die Sache des Bildungswesens, das vom „Herzog Christian" ausgeht, sich unter rührriger Leitung immer mehr entwickelt und vervollkommnet. Zu erwähnen sind vor allem die Arbeitsgemeinschaften und Fortbildungskurse der Merseburger Bildungsbehörde, die etwa am 1. September ins Leben treten sollen. Es werden leiten: die pädagogische Arbeitsgemeinschaft Oberlehrer Hempricht, den Literaturzirkel Oberlehrer Kaminski, die Einführung in die deutsche Kunst Mittelschullehrer Thielsen, Einführung in die Buchführung Fortbildungsschuldirektor Keßel; Unterricht in der englischen Sprache wird erteilen Oberlehrer Dr. Taube, in der französischen Prof. Seele, Unterweisung in der leichten Holzarbeit (Werkunterricht) Lehrer Knittel. Die Kurse sind für Erwachsene und Jugendliche von 17 Jahren an bestimmt, nur zu den Unterweisungen in der leichten Holzarbeit werden Jugendliche von 14 Jahren an zugelassen. Meldungen werden beim Hauswart im Herzog Christian erteilen. Nach Bedarf werden neue Kurse erweitert. — Über 8 Tage wird der Bildungsabend im Schloßgartenpavillon veranstaltet. Prof. Seele wird in das Leben und musikalische Verständnis des Komponisten Franz Schubert einführen. Es hat bereits eine sehr lebhafte Nachfrage nach Eintrittskarten (1 ℳ und 0,50 ℳ) stattgefunden. — An einem der nächsten Bildungsabende (1. Sept.) wird Dr. Buchwalh, der 2. Vorsitzende der Volksschule in Jena, über „Moderne Romane" sprechen.

Nunmehr nahm Mittelschullehrer Brenner das Wort, um seinen vor 8 Tagen gehaltenen Vortrag über die „Chemie auf dem Gebiete der Ernährung" fortzusetzen. Er ging davon aus, wie die Pflanze mit Hilfe des Sonnenlichts die Kohlensäure in ihre Bestandteile, Kohlenstoff und Sauerstoff zerlegt. Ein wichtiges Ergebnis bei der chemischen Tätigkeit im pflanzlichen Körper ist die Stärke, deren Vorhandensein in der Pflanze durch Jod nachgewiesen werden kann. Blätter, die im Schatten aufgewachsen sind, haben wenig Stärkegehalt. Dieser ist am Abend am reichlichsten, weil die Pflanze tagsüber Baustoff herbeigeführt hat. Wenn der Stärkevorrat am Morgen ein geringer ist, so liegt dies daran, daß die Pflanze die Stärke in der Nacht zu ihrem eigenen Aufbau verarbeitet hat. Nicht alle Stärke wird zum Bau verbraucht; die Pflanze hat vielmehr einen Überschuß an Stärke, der in besonderen Kammern aufbewahrt wird. Solche Vorratskammern sind beim Getreide die Körner, bei der Kartoffel die Knollen. Im Tier- und Menschenkörper bildet der Kohlenstoff einen wichtigen Bestandteil, er gelangt aus dem Pflanzenreich in den Körper, vor allem in Deutschland kommen als die am meisten stärkehaltigen Pflanzen in Betracht die Kartoffel und das Getreide. Die Kartoffel, eine Gifpflanze ist sehr stärkereich, allerdings ist ihr Wassergehalt auch ein sehr bedeutender (75 v. H.) Stärke ist im kalten Wasser nicht auflösbar, in heißes Wasser gebracht, bildet sie den Kleister. Daß die Stärke quillt, macht man sich zunutze bei der Verwendung von Puddings und Kakao. Bei trockener Hitze entsteht harte Stärke, was beim Plätten der Wäsche Anwendung findet. Aus Stärkemehl wird auch künstlicher Sago hergestellt, der ursprünglich dem Mark der Sagopalme entstammt. Dextrin (Stärkegummi) wird dadurch gewonnen, daß man die Stärke unter beständigem Umrühren langsam röstet. Die braune Rinde des Brotes ist reich an Dextrin. Daß erfrorene Kartoffeln süß schmecken, hat seinen Grund darin, daß sich unter Einwirkung der Stärke Zucker, und zwar Traubenzucker, gebildet hat. Die Stärke ist für unsern Körper von hoher Bedeutung. Weil der Körper nur solche Stoffe aufnehmen kann, die im Wasser löslich sind, so muß die Stärke durch den Verdauungsvorgang und die Verdauungswerkzeuge chemisch umgewandelt werden. Das geschieht, zum Glück für vergeßliche Leute, ohne unsern Willen und beginnt schon im Munde durch die Durchsetzung der Speisen mit Speichel und findet seine Fortsetzung im Magen und im Darm. Der entstandene Traubenzucker gelangt nach chemischen Veränderungen in das Blut und dient zur Ernährung und zum Aufbau unseres Körpers.

Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Nach Gesang von mehreren Volksliedern fand der Abend seinen Abschluß.

*

Die Protestversammlung der Privatangestellten,

die von den Organisationsvertretern auf gestern abend in die Frankenburg einberufen war, füllte den großen Saal bis auf den letzten Platz. Da der weitaus überwiegenden Mehrzahl waren die männlichen Privatangestellten. Die Versammlung eröffnete Herr Schulz, der herzliche Begrüßungs- und Begrüßungsworte an die Erschienenen richtete, den Anlaß und Zweck der Versammlung kurz darlegte und dann den Organisationsvertretern die weiteren Mitteilungen überließ. Als erster von diesen sprach der Vertreter des V. d. H. Vollmann-Leipzig, der ausführte: Wir standen in Merseburg nach zwölfwöchentlichen Verhandlungen vor einem Tarifabschluß. Wir müssen unsern Tarifvertrag haben, denn die Gehälter ist im allgemeinen noch eine traurige. Es ist notwendig, daß wir Mindestgehälter festlegen, unter denen die Arbeitgeber ihre Angestellten nicht bezahlen dürfen. Wir haben Beweise, daß wir heute höchstens 10 Prozent der Arbeitgeber als wirklich sozialbandelnde Menschen ansprechen können. Wir müssen erst kämpfen und streiten, bis es uns gelingt, mit den Arbeitgebern über die Gehaltsfrage zu reden. Die Angestellten tragen auch mit daran Schuld, denn es ist unter ihnen, im Gegensatz zu den fleißigen Arbeitern, zu viel Ungeschlossenheit, zu wenig gewerkschaftlicher Geist. Zur Freude sind aber heute anscheinend sämtliche Angestellten dem Rufe nach hier gefolgt. Die richtige wirtschaftliche Freiheit zu erkämpfen, ist unser nächstes Ziel. Auch das kommende Betriebsrätegesetz wird ein Schritt weiter sein zum Zusammenschluß der Angestellten. Die Gehälter sind heute relativ durchaus nicht besser wie die häufig so erbärmlichen in Friedenszeiten. Deshalb sind wir auch hier in Merseburg mit den Arbeitgebern in Verhandlungen getreten. Seit 1. Juni d. J. verhandelten wir hier, um zu einen Tarifabschluß zu kommen. Am 30. Juli fand die letzte Tarifverhandlung statt. Wir haben uns mit den Arbeitgebern über die Gehaltsfrage vollkommen geeinigt. Es sollte nur noch die genaue redaktionelle Fassung erfolgen, bezw. eine solche Änderung, sonst war alles für das Unterschreiben vorbereitet. Vor etwa 8 Tagen nun kam ein Brief des Syndikus der Arbeitgebergemeinschaft Rechtsanwalt Dr. Nademacher hier an die Arbeitnehmervertreter, worin uns mitgeteilt wird, daß die Arbeitgeber wohl den Tarifvertrag annehmen, daß sie aber eine Reihe von Änderungen wünschen. Diese Änderungen sind aber eine einschneidende Änderung des Tarifvertrages selbst, und sind folgende: Zu Absatz 1: Die Lebensmittelhändler haben sich von der Tarifgemeinschaft ausgeschlossen, ihnen erscheinen die Gehaltsätze zu hoch. Dabei sind die Merseburger Sätze noch unter dem Halleschen Tarif für Lebensmittelhändler in Merseburg werden nicht weniger als diejenigen in Halle und Berlin, wo die Preise für die Lebensmittel vielfach noch niedriger sind als in Merseburg. Es ist kein Grund vorhanden, daß sich die Lebensmittelhändler von der Tarifgemeinschaft ausschließen. 2. Die Arbeitgeber lehnen die Bestimmung, daß den Angestellten, die Kriegsteilnehmer sind und von ihren früheren Firmen nicht wieder eingestellt werden können, als Entschädigung ein Gehaltsbetrag von drei Monaten ausgezahlt werde, glatt ab. Dies steht im Gegensatz zu unseren Tarifabschlüssen an anderen Stellen und stellt den Dank der geschützten Arbeitgeber an die Kriegsteilnehmer dar. 3. Zu dem Lehrlingsparagraphen, der nach der vereinbarten neue Fassung geschaffen werden, die es den Arbeitgebern ermöglicht, eine solche neue Fassung erhalten, die es den Arbeitgebern ermöglicht, eine 4jährige oder auch eine kürzere Lehrzeit zu bedingen. Das ist ein vollkommen unhaltbarer Zustand, wir müssen auf der 3jährigen Lehrzeit bestehen. 4. Verlangen die Arbeitgeber, daß die bestehenden Lehrverträge nicht geändert und diese Lehrlinge nicht nach den Sätzen des Tarifs bezahlt werden sollen, die 30, 50 und 80 ℳ betragen. Auch hierauf können wir nicht einlassen im Interesse des Lehrlingswesens selbst wie unserer Kriegsteilnehmer, die ja ihre Stellung sind. 5. Bei der Konkurrenzklausel — die bestimmt, daß der Angestellte voll zu entschädigen ist, wenn er infolge der Konkurrenzklausel stellungslos wird, und die Anstellung mit Konkurrenzklausel nur dann zulässig ist, wenn dem Angestellten dieser Anspruch auf Entschädigung zugebilligt wird — verlangen die Arbeitgeber die Festsetzung der Entschädigung nur auf die Höhe des reinen Gehalts ohne Spesen und Provision, was für uns nicht annehmbar ist. 6. Die Festsetzung der Gehaltsgrenze von 15—18 Jahren verlangen die Arbeitgeber erst von 17 Jahren ab. In Klasse II sollen die Gehaltsätze um 30, 40 und 50 ℳ heruntergesetzt werden, auch in Klasse III die Gehaltsätze der Reisenden. 7. Bezüglich der Gehälter der weiblichen Angestellten fordern die Arbeitgeber in Klasse I eine 20prozentige, in Klasse II eine 30prozentige Kürzung entgegen der tariflich vorgesehenen von 10 Prozent für Gehälter bis 200 ℳ und 15 Prozent für über 200 ℳ. Auch soll der Begriff „selbständige" Angestellten noch erweitert werden. Zum Schluß aber stellen die Arbeitgeber folgendes Ultimatum: „Die Arbeitgeber beabsichtigen nicht die Abhaltung neuer Verhandlungen. Der Tarifbrief ist in der vorliegenden geänderten Form anzunehmen." Auf dieser Basis gibt es nun keine Einigung zwischen Angestellten und Arbeitgebern. Wir haben dem Arbeitgeberverband mitgeteilt, daß wir diesen Tarif nicht anerkennen können und haben den Schlichtungsausschuß in Weißenfels angerufen, vor dem wohl in den nächsten Tagen die letzte Verhandlungen beginnen werden. Es ist nun notwendig, daß wir alle fest und treu zusammenstehen und sich alle noch Zurückstehenden den Organisationen sofort anschließen, damit wir unsere Forderungen geschlossen vertreten, jede Überteilung durch Einzelverhandlungen solidarisch zurückweisen und auch das letzte gewerkschaftliche Mittel, den Streik für unsere wirtschaftliche Besserstellung in Anwendung bringen können, denn die Arbeitgeber wollen es nicht anders mit ihrem Vorgehen. Für die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß in Weißenfels haben wir nun auch den Halleschen Tarif zum Abschluß gestellt.

Der Vertreter des D. H.-V. Barthel-Leipzig unterstrich die Ausführungen des Vorredners in schärfster Weise, da die Angestellten noch viel zu anständig seien bei solchen geradezu unsittlichen Gehältern. Auch die Verbandsvertreterin Frl. Pfeil aus Halle bezeichnete die Bedingungen für die weiblichen Angestellten als unannehmbar.

In der Aussprache traten mehrere Versammlungsteilnehmer beiderlei Geschlechts den Ausführungen der Organisationsvertreter bei und forderten zum geschlossenen Kampfe auf. Die gesamten Ausführungen aller Redner wurden lebhaft beartigt und anerkannt. Schließlich faßte die Versammlung einstimmig folgende Resolution:

Mehr als 500 in der Frankenburg versammelte Angestellte erheben mit aller Entschiedenheit Einspruch gegen die Zumutung, ohne jede Verhandlung einen Tarif annehmen zu sollen, der den berechtigten Forderungen der Angestellten in keiner Weise gerecht zu werden vermag. Sie erwarten vom Schlichtungsausschuß, daß er in seinen Entschlüssen der schweren wirtschaftlichen Notlage der Angestellten Rechnung trägt. Die Angestellten erklären mit allem Nachdruck, daß sie bei Nichtzustandekommen einer Einigung vor dem Schlichtungsausschuß fest entschlossen sind, für ihre Forderungen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln einzutreten.

Nach Annahme der Resolution teilte der Versammlungsleiter noch mit, daß sofort nach Beendigung der Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß in Weißenfels eine öffentliche Versammlung einberufen werde. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß ein Streik erspart bleibe und bat um einen festen Zusammenschluß aller männlichen und weiblichen Angestellten, damit die im allgemeinen ruhig verlaufene Versammlung 3/4 11 Uhr schließend. S.

*

Seine Erinnerungen als Palästinakämpfer

schilderte am Sonntag abend im Saale des Evangelischen Männer- und Jünglingsvereins das Mitglied des Vereins Kranich in einem längeren Vortrage, zu dem sich eine ganz ansehnliche Anzahl Mitglieder eingefunden hatten. Der Vortragende wurde im August 1917 bei eben neugebildeten Feldfliegerabteilung 301 zugeteilt, die den Auftrag zur Teilnahme an den Kämpfen in Palästina erhielt. Am 8. August 1917 erfolgte die Ausfahrt von Breslau durch Oberreich-Ungarn, Serbien, Bulgarien nach Konstantinopel, wo sie am 14. August anlangten. Von dort ging es nach dreitägiger Ruhe durch Kleinasien weiter nach Syrien, Aleppo, Damaskus bis zur Endstation Ramleh bei Jerusalem, wo sie drei Monate in Stellung blieben. Er schilderte den tiefen Eindruck, den hier weit im fremden verwahrlosten Lande die beiden neuen deutschen Kolonien von Süddeutschen mit ihrem von Fleiß und Ordnung und deutscher Kultur zeugenden Äußern auf die deutschen Soldaten gemacht hätten. Die heiligen Stätten zu besuchen war ihm gleichfalls mehrfach möglich, so daß er den Zuhörern ein ziemlich genaues Bild hiervon übermitteln konnte, das sich mit den Schilderungen der hl. Stätten in der Bibel decke. Der Ölberg bestehe aus 3 übereinander sich erhebenden Berghügeln, deren erster ein französisches, der zweite das deutsche und der dritte das englische Stift trage. Das hl. Grab ist 1,50 Meter hoch. Besonders bemerkenswert sei die Marmorgestalt der hl. Maria, zu der der deutsche Kaiser seinerzeit den goldenen Stern gestiftet habe. Alles an dieser herrlichen Figur schimmere von Gold und Diamanten und Edelsteinen. Bethlehem umfasse heute noch 16 Häuser. Die Geburtskirche dort sei 18 Meter hoch. Die Gegend von Jerusalem sei aber auch heute noch eine wirkliche Räubergegend, während die biblischen Schilderungen von dem Manne, der nach Jericho ging und von den Räubern überfallen wurde. Auch heute überfallen die Beduinen noch jeden, der nicht wie ihresgleichen gekleidet gehe, also nichts am Leibe trage, und mehr wie einem der deutschen Soldaten sei dieses Mitgeschick zugestoßen. Auch wegen der vielen sonstigen Beschwernisse, der übergroßen Hitze von bis 50 Grad, der Wassernot usw. an der Kranksheitsgefahren sei das Leben ein oft unerträgliches gewesen.

Nachdem ein Teil eine Zeitlang nach Erisch abkommandiert war, mußten sie sich vor der feindlichen Übermacht in die Wüste zurückziehen. Auf seiten der Engländer, die dort unten nur Kolonialtruppen verwandten, standen noch 10000 amerikanische und von den Engländern besoldete Beduinen, die sich stets als Räuber betätigten. Nach einer fünftägigen Rast in Jerusalem mußten die deutschen Flieger erneut zurück, und zwar 230 Kilometer bis nach Jenin nahe bei Nazareth. Hier erlitt die deutschen Flieger auch ihr trauriges Los, nachdem sie schon ein Jahr den türkischen Bundesgenossen beigestanden hatten. In den Tagen vom 19. bis 22. September 1918 bombardierten die englischen Flieger zwei Tage und Nächte ununterbrochen die auf dem Rückzug befindlichen deutschen Flieger. Alle deutschen Funkenstationen waren zerstört, feindliche Flieger und Artillerie bombardierten fortwährend, und am 21. September fielen die feindlichen Truppen den Deutschen in den Rücken und stürmten Nazareth. Sie nahmen 35 deutsche Offiziere gefangen und schleppten sie nach Kairo. Am 22. September übergossen sie alles Material, das sie nicht mitschleppen wollten, mit Benzin und verbrannten alles. Die deutsche Feldfliegerabteilung 301, bestehend aus 2 Jagdstaffeln und 4 Feldfliegerabteilungen, wurde vollkommen vernichtet. Auf dem Rückzuge nach Nazareth mußte eine Anzahl Kraftwagen in die Luft gesprengt werden, da sich auf dem den Berg hinunterführenden Serpentinenwege ein Kraftwagen nicht fortgefahren hatte. In einem traurigen und äußerst beschwerlichen Zuge durch die Wüste, als ein Häuflein Heimatloser und Geschlagener, auf dem der Teilnehmer selbst noch an Malaria erkrankte, gelangten die Überreste der deutschen Flieger nach Tiberias am See Genezareth. Von hort ging der Marsch nach Damaskus weiter zurück, alles zu Fuß. In Damaskus zählte ein deutscher Hauptmann die Überreste der deutschen Fliegerabteilung 301, es waren von 235 Mann noch 55 Mann übrig; die Feldfliegerabteilung war einmal gewesen. Bei ihrem Rückzuge waren nur zwei deutsche Zivilpersonen mit entkommen, der deutsche Konsul und seine Frau. Die letzte und schwerste Prüfung wurde ihnen noch in Damaskus bereitet, wo sie tatsächlich aus der Stadt eilig fliehen mußten, da die Einwohner sie mit Steinen bombardierten und beschossen, so daß die deutschen Soldaten Damaskus die Vernichtung schworen, wenn sie wiederkehren würden. Von Damaskus flohen sie nach Aleppo in Lastwagen durch die Salzwüste. In Hamma an der Syrischen Wüste wurden die Deutschen fünf Wochen kasioniert. Nach 46stündiger Automobilfahrt von dort aus durch die Wüste kamen sie endlich in Aleppo an, von wo sie nach Deutschland zurückberufen wurden. Sie passierten dann noch die Hafenstadt Haibar-Pascha, wo im Jahre 1917 durch die Unvorsichtigkeit der türkischen Soldaten 45000 Granaten explodierten und dadurch ein Riesenbrand verursacht wurde. In der letzten Minute gelang es ihnen dann noch, mit einem englischen Dampfer über das Schwarze Meer zu kommen, denn einige Stunden später zogen die Engländer in Haibar-Pascha ein. Mit diesem englischen Dampfer landeten im ganzen 1800 deutsche Soldaten nach fünftägiger stürmischer Fahrt in Odessa. Von dort gelangte er in drei Tagen nach Berlin, herzlich froh, wieder deutschen Boden unter den Füßen zu haben. Neben dem militärischen Gang der Ereignisse gab Redner Eindrücke von seinen Besuchen an den biblisch-historischen Stellen Kanaan, Rama, Nazareth, und erwähnte solche besonders merkwürdige Punkte in der Nähe von Damaskus. Zum Schluß wurden eine große Anzahl photographischer Aufnahmen aus dem fernen Lande auf der Leinwand gezeigt. Es waren interessante militärische Momentaufnahmen, in der Mehrzahl aber schöne Städte- und Landschaftsbilder, die den mitbegierigen Augen der den Schilderungen wie den Erläuterungen zu den Aufnahmen aufmerksam folgenden Zuhörer gezeigt wurden. Dem Vortragenden wurde herzlicher Dank zuteil für den interessanten Abend. S.

*

Für unsere Hausfrauen.

(Lebensmittelkalender für Mittwoch den 20. August.)

Ausgabe von Mager- und Buttermilch je nach Auslieferung.

Rossfleisch für die Ordnungsnummern 1 bis 200 bei Hoffmann, Breiteit 6, von 2 bis 4 Uhr.

Neue Rossfleischkarten für die Haushaltungen in den Straßen mit den Anfangsbuchstaben K bis P von 7 bis 1 Uhr in Zimmer Nr. 12 des Rathauses am Markt gegen Lebensmittelheft und alte Rossfleischkarte.

250 amerikanisches Mehl auf Bezugsschein und Quittung Nr. 35 und

1 Hering auf Bezugsschein Nr. 36; Ausgabe am Donnerstag den 21. August.

Annahmetag in der Amtlichen Annahme- und Verkaufsstelle für Kleidungs- und Wäschestücke.

Anmeldung der Bezugsscheine Nr. 37 (½ Pfund amerikanisches Mehl), Nr. 38 (½ Pfund Graupen), Nr. 39 (½ Pfund Marmelade), Nr. 92 (Räucherheringe je nach Haushalt) am Mittwoch oder Donnerstag.

Abgabe von Bezugsschein Nr. 38 in den Gast- und Speisewirtschaften.

---

b. Kriegsdorf, 19. Aug. Die Kartoffelbiebstähle haben in den letzten Tagen gewaltig zugenommen. Besonders haben es die Spitzbuben auf die Getreide- und Kartoffelfelder abgesehen. So sind auf den Getreidefeldern des Rittergutsbesitzers Otto in den letzten Tagen erhebliche Mengen Getreide gestohlen worden. Die Spitzbuben kommen gleich in Banden an und fallen in die Kartoffelfelder ein. Bei einem Arbeiter sind nicht weniger als 130 Stücke Kartoffeln herausgegangen. Es ist sogar schon beobachtet worden, daß die Spitzbuben gleich mit Gewehren bewaffnet ankommen, und da einzelne Leute gegen solche Banden machtlos sind, das es doch zu wünschen, wenn militärische Hilfe bald für Schutz sorgen würde.

§ Lützen, 19. Aug. Die beiden hiesigen Turnvereine haben sich zu einer Gemeinschaft zusammengeschlossen. Als seine letzte eigene Festlichkeit veranstaltete der hiesige Turnerbund kürzlich eine sehr schön verlaufene Ehrung seiner Jubilare, die während der ganzen Kriegszeit unterblieben war. Es erhielten Urkunden für 25jährige treue Mitgliedschaft die Turnbrüder Paul Wagner, Franz Robitsch, Karl Kittler, Wilhelm Struchmann, Otto Kluge, Franz Papst, Gustav Lutze. Für 10jährige Mitgliedschaft die Turnbrüder Hugo Becker, Hermann Richter, Willy Solbrich, Curt Lippold, Otto Gründling, Artur Böhme, Artur Walther, Curt Krause, Fritz Marx, Albert Herzog, Eduard Böttcher, Otto Jarschel, Robert Westermann, Gustav Schneider, Adolf Schneider, Richard Stolberg, Otto Holzweißig.

Mücheln und Umgegend.

19. August.

* Mücheln, 19. Aug. Der Kriegszwischen Kommunisten und Unabhängigen nimmt die schärfsten Formen an. Für eine auf morgen Mittwoch hier einberufene Volksversammlung ist das Thema aufgestellt: Die U. S. P. vor dem Bankrott!

* Mücheln, 19. Aug. Fischversorgung hat sich der Kreisausschuß vor längerer Zeit eine Fischgroßhandelsfirma gesichert, die den Kreis mit frischen Fischen, Räucherwaren und Marinaden beliefern wird, wenn anzunehmen ist, daß insolge der jetzt einsetzenden großen Nachfrage die Fischversandtgeschäfte nicht in der Lage sein werden, den ungeheuren Bedarf zu decken. Den Fischhandlungen des Kreises wird empfohlen, ihren etwa Bedarf in Fischwaren auch weiterhin bei der hier für sie zuständig gewesenen Fischabnahmestelle anzumelden.

* Mücheln, 19. Aug. Der Kreislehrer-Verein Querfurt hält am Sonnabend den 23. d. M., vormittags ½9 Uhr, im „Goldenen Stern" zu Querfurt eine Versammlung aller Lehrpersonen des Kreises Querfurt ab. Laut Verfügung der Regierung zu Merseburg vom 29. Juli ist allen an der Versammlung teilnehmenden Lehrpersonen der Kreisschulinspektionen Querfurt I, II, Mücheln und Freyburg Urlaub erteilt. Die betr. Herren Kreisschulinspektoren sind bereits benachrichtigt. Rektor Herrmann-Friedersdorf wird einen Vortrag über die schulpolitische Lage halten. Da laut Ausschreiben der Regierung die Kreislehrerräte der einzelnen Kreisschulinspektionen selbständig gewählt werden müssen, sind Neuwahlen der Lehrerräte des Kreises erforderlich, die für die Bezirke Querfurt I, II und Mücheln gleichzeitig am Sonnabend stattfinden. Da noch verschiedene allgemein interessierende, sehr wichtige Tagesfragen erörtert werden, ist vollzähliges Erscheinen aller der Regierung unterstellten Lehrpersonen, auch derjenigen, die einem Vereine nicht angehören, erforderlich.

* Körbisdorf, 19. Aug. In der Nacht vom 11. zum 12. August wurde auf der Grube Otto bei Körbisdorf eingebrochen. Es wurden etwa 80 Pfund Schmalz gestohlen. Die Diebe sind noch nicht ermittelt.

* Mötzbach, 19. Aug. Die Belegschaft des Abraumbetriebes der Grube Orte Hoffnung ist Sonnabend in den Streik getreten, weil der Betriebsführer Dorn ohne Grund entlassen worden ist. Die Belegschaft will die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen, bis die Entlassung rückgängig gemacht ist.

* Almsdorf, 19. Aug. Der diesjährige große Kram- und Viehmarkt wird am 30. August und 1. September hier abgehalten.

Wetterwarte.

B. W. am 20. 8.: Ziemlich heiter, trocken, warm. — 21. 8.: Teilweise heiter, meist trocken. Gewitterneigung.

Turnen.

⚘ Gauwettturnen. Die Herren der Ausschüsse zum Gauwettturnen am 24. August d. J. sind zu einer Sitzung auf Mittwoch den 20. August d. J., abends 8 Uhr, in das Schützenhaus eingeladen, um die Vorbereitungsarbeiten zu den Wettturnen in gemeinschaftlicher Sitzung zu besprechen. Von den einzelnen gebildeten Ausschüssen sind die umfangreichen Arbeiten vorbereitet und versprichts das Fest ein sehr interessanter Sonntag für die turnerischen Leistungen in den verschiedenen Altersstufen zu werden.

Vermischtes.

* Raubüberfall in Bremen. Ein dreister Raubüberfall ist in Bremen auf den Kassenboten der Fruchthandelsgesellschaft im Mittelpunkt der Stadt verübt worden. Ein junger Mensch in feldgrauem Marineanzug fiel den Boten, einen pensionierten Beamten, von hinten an, warf ihn zu Boden und entriß ihm eine schwarze Ledertasche, in der sich 25000 ℳ in Bargeld und Schecks über rund 14000 ℳ befanden. Der Räuber entkam.

* Der verbotene Schieber-Rucksack. Ein radikales Mittel gegen das Hamstern will man jetzt in Wien zur Anwendung bringen: es dürfen keine Rucksäcke mehr getragen werden. Die Landesregierung hat an die unterstehenden Behörden einen Erlaß ausgegeben, durch den vom 1. August ab der Rucksackverkehr mit staatlich bewirtschafteten Lebensmitteln gänzlich untersagt wird.

* Absturz des größten Wasserflugzeuges der Welt. Der englische Dreidecker „Felixstowe Furg" ist beim Start zu einer Achttausendmeilenfahrt nach Kapstadt in Felixstowe in England abgestürzt. Der Marconi-Offizier ertrank. Das Flugzeug ist augenscheinlich durch Überfüllung mit Petroleum zusammengebrochen.

* Die preußischen Staatskarossen unter dem Hammer. Das Obermarschallamt in Potsdam teilt mit, daß am 21. August die preußischen Staatskarossen und 60 Hofwagen versteigert werden.

* Große Zuckerziehungen sind, wie das „Berl. Tagebl." meldet, in Berlin auf dem Anhalter Bahnhof aufgedeckt worden. Dort traf mit einem Güterzug auch ein Wagen ein, der die Aufschrift „Heeresgut" trug. Der Wagen war mit 90 Zentner beladen, die von einem Feldwebel in Reichsbrennstoffen begleitet wurden. Die Beamten ließen sich von dem Unteroffizier die notwendigen Begleitpapiere vorzeigen, wobei es ihnen auffiel, daß das Proviantamt Magdeburg diese Zuckermenge an einen Berliner Truppenteil sandte. Als Begleitmann war ein Feldwebel M. bezeichnet. Da es sich von vornherein unwahrscheinlich war, daß die Berliner Truppe von Magdeburg aus mit Zucker, und zwar in solchen Mengen beliefert wurde, erklärten die Beamten den Feldwebel für verhaftet. Die weiteren Ermittelungen ergaben, daß der angebliche Feldwebel ein Händler Martens ist, der die Uniform der Reichswehr angelegt hatte. um bei einer Kontrolle leichter durchschlüpfen zu können.

* Zugusammenstoß bei Luneville. Aus Nancy meldet „Petit Parisien": Ein Urlaubszug von Metz fuhr bei Luneville auf den Expreßzug Paris—Straßburg. Der Pariser Zug hatte keine Verletzte, der Urlaubszug acht Tote und 34 Verwundete, von denen einige hoffnungslos verletzt sind. Die Ursache des Unglücks ist ein Versagen eines Signals.

Verantwortlich für die Redaktion Franz Rößner, für den Anzeigenteil Franz Gomm, beide in Merseburg.

Druck und Verlag von Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190820-10/fragment/page=0003

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können mit keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Die Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter Frau **Auguste Dräger** findet Donnerstag, den 21. 8., nachmittag 4½ Uhr vom städt. Krankenhause aus statt.

Familie Gottlieb Dräger.

Freiwillige Auktion

Sonnabend, den 23. August d. Js., von vorm. ½10 Uhr an, werde ich im Gasthof „Zum Thüringer Hof" hier folgende Gegenstände öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern und zwar:

1 Sofa, 1 Kleiderschrank, 1 Bettstelle mit Matratze, Tische, Stühle usw.; ferner: 1 Handwagen, 1 gr. Werkzeugschrank (neu), 2 eiserne Böcke, 2 Gewindeschneider, 2 starke Schrotleitern, 1 gr. Wagentreppe, 2 Rübenschneidemaschinen (neu), 2 Anhaubleche (neu), 1 Schleifstein, 2 Riemenscheiben, 6 neue Häckselmaschinenmesser, eis. Fenster, 3 gr. Tafeln (für Restaurateure passend), Treppenläufer, Treppenstuhl, Getreidesiebe, div. Farben, Knochenmehl, einen Post. gute Federbetten, 1 Ankleidepuppe u. versch. andere.

Albert Franke, Auktionator.

Bei obiger Versteigerung kommen noch 3 Bettstellen mit Matratzen, 1 Sitzbadewanne und za. 20 Stück ganz neue Handwagen mit zur Versteigerung.

D. O.

Nachlaß-Versteigerung.

Mittwoch, den 20. evtl. auch 21. d. M., von 9 Uhr vorm. ab, versteigere ich im Auftrage des Nachlaßpflegers Herrn Wilhelm Schmieder im Gasthof zur grünen Linde:

1 Sofa, 2 Vertikos, 1 Ausziehtisch, 1 Kommode, 1 Nähmaschine, 1 vollständiges Bett mit Matratze und Keilkissen, 2 Bettstellen mit Matratzen, 1 Satz Betten, 2 Kleiderschränke, 9 Stühle, 2 Spiegel, 1 Küchenbuffet, 1 Hausapotheke, 1 Küchentisch, 1 Waschwanne, Waschfässer, Wandbilder, Gardinen, Fensterhänge, verschiedenes kleines Hausgerät, 1 Posten Porzellan-, Glas- und Emaillegeschirr, 1 Kaffeeservice für 10 Personen, 1 Pelzgarnitur, 1 großen Posten Männer- und Frauen-Kleidungsstücke, 1 Posten Leibwäsche, Bettbezüge, Bettlaken, Servietten, Tischtücher, Taschentücher, za. 79 Handtücher, Wischtücher, 28 Paar Strümpfe bezw. Längen u. a. m.

öffentlich meistbietend gegen bar. Die Sachen sind gebraucht.

Rubusch, Gerichtsvollzieher.

Acker-Verpachtung.

Sonntag, den 24. August d. J., vormittags ½11 Uhr findet im **Hauptmann**schen **Gasthof** zu **Meuschau** die Verpachtung von za. 10 Morgen Acker, dem Herrn **Wilfroth** daselbst gehörig, in Meuschauer Flur gelegen, in einzelnen Morgen, eventuell in den einzelnen Plänen öffentlich meistbietend statt. Bedingungen im Termin.

Albert Franke, Auktionator.

Bessere Schlafstelle mit Mittagstisch zu vermieten. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Aus dem Elsaß vertriebener Beamter, 3 erwachsene Personen, sucht sofort oder später **3- bis 4-Zimmer-Wohnung.** Offerten erbeten an Ober-Bahnassistent **Meinhold,** Breite Str. 1.

Ingenieur, ruhiger Mieter, sucht per 1. 9. 19

gut möbliertes Zimmer,

ev. Wohn- und Schlafzimmer. Offert. unt. 493 an die Exp. d. Bl.

Besseres Fräulein sucht 1. 9.

gut möbliertes Zimmer.

Off. erb. unt. 453 an Exp. d. Bl.

Gebild. jung. Herr sucht bald od. spät. bis 1. Sept. **Schlafzimmer.** (Saubere Beschäftigung). Offert. erb. unt. **B G 476** a. d. Exp. d. Bl.

Besserer Herr (Monteur) **sucht anständiges, möbl. Zimmer.** Offerten unter **487** an die Exp. d. Bl. erbeten.

Junger Mann sucht einfach möbliertes Zimmer, Nähe Rossmarkt. Off. u. **A F 489** a. d. Exp. d. Bl.

Gut möbl. Zimmer

Nähe Tivoli-Theater sucht für 1. Oktober

Elsa Malter, Hallesche Str. 81.

Installateur sucht **möbliertes Zimmer oder Schlafstelle** mit halber Pension. Gefl. Offerten unter **492** an die Exped. d. Bl.

Die Verlobung meiner Tochter
Erna
mit Herrn
Otto Diemer
zeige ich ergebenst an

Frau verw. Katharina Richter
geb. Räbenstahl

Merseburg a. S.

Erna Richter
Otto Diemer
Verlobte

Frankfurt a. M.

19. August 1919

Fritz und Else Schieke
geb. Kundt
gestatten sich, ihre am 19. August vollzogene **Vermählung** bekannt zu geben

Merseburg, den 19. 8. 1919

Ihre am 16. August in Greiz i. V. stattgefundene **Vermählung** geben bekannt

Karl Preu
Agnes Preu
geb. Albert.

Schw.-Hall/Basel. Greiz i. V.,
August 1919.

Bekanntmachung.

Die Preisstelle der Provinzialkartoffelstelle hat den Erzeugerhöchstpreis für den Zentner Frühkartoffeln vom 17. August ab auf 9 Mk. festgesetzt.

Magdeburg, den 14. August 1919.
Der Vorsitzende der Provinzialkartoffelstelle.
J. V.: geg. Unterschrift.

Veröffentlicht:
Merseburg, den 16. August 1919.
Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

Amtliche Annahme- und Verkaufsstelle

für Altleder u. getr. Schuhwaren, Merseburg, Karlstr. Nr. 4. — Fernsprecher Nr. 591. —

Mittwoch, den 20. August 1919, vormittags von 9—12 Uhr

Annahmetag.

Dort werden auch getragene Kleidungs- und Wäschestücke gegen angemessene Bezahlung angenommen.

M 564/19. **Der Magistrat.**

Lebensmittel

vom 25. bis 31. August 1919 auf den Kopf:
½ Pfd. amerik. Mehl zu 44 Pf. auf Bezugsschein 37.
½ Pfd. Graupen zu 24 Pfg. auf Bezugschein 38.
½ Pfd. Marmelade zu 65 Pfg. auf Bezugschein 39.

Ferner erhalten auf Bezugschein 32:
a) die Haushalte mit 1 Kopf = 1 Büchse gespaltene Räucherheringe zu 1,80 M.;
b) die Haushalte von 5—10 Köpfen = 1 Dose Kippered-Heringe zu 8,30 M., oder 1 Dose gespaltene Räucherheringe zu 7,20 M.

Abgabe der Bezugscheine Mittwoch, den 20. und Donnerstag, den 21. August d. Js. In den Gast- und Speisewirtschaften Bezugschein und Quittung 38 abgeben. Einreichung der Forderungsnachweise wie üblich. Verkauf nächste Woche Donnerstag und Sonnabend. Verkauf vorher verboten.

Merseburg, den 19. August 1919. L A II 2411/19.
Das städtische Lebensmittelamt.

Lebensmittel

für die Woche vom 18. bis 24. August 1919.

Es gelangen außer den bereits durch unsere Bekanntmachung vom 11. August 1919 — L A II 2278/19 — zugeteilten Lebensmitteln auf den Kopf der Bevölkerung noch zur Ausgabe:

Auf Bezugschein und Quittung Nr. 35
250 Gramm amerikanisches Mehl zum Preise von 44 Pfg.
Auf Bezugschein und Quittung Nr. 36
1 Hering zum Preise von 60 Pfg.

Merseburg, den 19. August 1919. L A II 2412/19.
Das städtische Lebensmittelamt.

Rohfleisch- und Fleischwaren-Verkauf

findet **am 20. August d. Js. bei Hoffmann, Brühl 6,** auf Feld Nr. 1

nachm. von 2—3 Uhr auf die Ordnungs-Nummern 1—100
nachm. von 3—4 Uhr auf die Ordnungs-Nummern 101—200

statt. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch besteht nicht.

Merseburg, den 19. August 1919.
L A I 774/19. **Das städtische Lebensmittelamt.**

Wichtig für Landwirte und Fuhrwerksbesitzer!

Der Verkauf von Heeresfahrzeugen

(schwere und leichte Feldwagen, Geschirre u. Geschirrteile) findet Freitag, den 22. August 1919, vormittags von 9 Uhr ab im Traindepot in Merseburg (Gefangenenlager — Erste Haltestelle der Fernbahn Merseburg-Müchein —) statt.

Reichsverwertungsamt,
Zweigstelle Halle a. S.

---

160 leere Kisten

amerikanischer Herkunft sofort zu verkaufen.

Lossie, Rutandtstraße 12.

Sofort ein **Zimmer** gesucht. Offert. unt **490** an die Exp. d. Bl.

Guter Privatmittagstisch gesucht. Offerten unter „477" befördert d. Exp. d. Bl.

Laden

möglichst Mitte der Stadt, zu Bürozwecken geeignet, zum 1. 10. oder später gesucht. Offert. unt. **L 488** an die Exped. d. Bl.

Geld in jeder Höhe monatl. Rückzahlung verleihen sofort **H. Blume & Co., Hamburg 5.**

Kapitals-Anlage
Mark 50 000
per 1. 10. 1919 oder früher erbauszahlungshalber von hiesigem Geschäftsmann auf sichere Hypothek gesucht. Off. u. **„Selbstgeber 491"** an die Exp. d. Bl. erbeten.

Wer verkauft sein Haus, gleich welcher Art, auch m. Geschäft. Bauland od. Landwirtschaft in Merseburg od. Umgebung? Ang sof. an **W. Barenthin, Hamburg, Papenstr. 9.**

Konkurrenzloses

Vorstadt-Kino

in **Halle a. S.**

ist umständehalber sofort zu verkaufen. Nichtfachmann wird angelernt. Preis 6000 Mk. fof. Kasse bei Übernahme bis Ende August. Wohnung ist vorhanden. Nur Selbstkäufer belieben sich persönlich oder schriftlich zu melden bei **Ernst, Halle a. S.,** An der Universität 2, 2 Tr.

Besonders preiswert:

bunt karierte Bettzeuge

80 cm breit — reine Stuhlware — ohne Appretur

Mk. 8.70 das Meter

eingegangen bei

: Otto Dobkowitz :

Grundstück

mit möglichst größerem Hof, Lagerboden und Stallungen sofort zu pachten oder kaufen gesucht. — Angebote mit Preisangabe und Größenverhältnisse unter **S S 484** an die Expedition d. Bl.

---

1 kurzer **Herren-Überzieher** (neu), 1 Paar **Schuhe** (Größe 44) zu verkaufen

Kötzschen, Naumburger Str. 51 a.

Zu verkaufen: 1 Manchester-Reithose, 2 graue Reithosen (eine davon mit Lederbesatz), 1 Paar Schaftstiefel (Größe 39/1). Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Eine Bettstelle mit soft neuer Matratze ist zu verkaufen. Wo? sagt die Expedition d. Bl.

Zu verkaufen:

zwei Bettstellen, eine Matratze, ein Kleiderständer, eine Blumentreppe **Hallesche Str. 39,** hint.

Echt goldene Herren-Taschenuhr zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

---

1 Kinderwagen, gebraucht, billig zu verkaufen **Annenstraße 16,** pt. l.

Gebr. Klappsportwagen zu verkaufen **Moltkestr. 18.**

Grüner Kinderwagen zu verk. **Thomas,** Kl. Ritterstr. 17.

Gut erhaltene Grude bill. zu verk. **Entenplan 4, 3 Tr.**

Cinophon-Theater

Gr. Ritterstr. 1. — Fernruf 215.

Ab Dienstag bis Donnerstag:

Extrablatt!

Fred Horstermordet.

Spannendes Detektivdrama in 4 Akten.

Schweigen im Walde!

1. Teil.

Nach dem gleichnamigen Roman von Richard Skowronnek. Drama in 4 Akten. In der Hauptrolle **Lotte Neumann.**

Außerdem das Beiprogramm.

Gauwetturnen

Festspiel

Sonntag, den 24. August, abends 7 Uhr, im Saale des „Neuen Schützenhauses".

Die Räuber

von Friedrich von Schiller.

Für die Jugendbühne bearbeitet von E. H. Bethge.

Aufgeführt von der Jugendvereinigung der Präparanden in Merseburg.

Theaterzettel, die zum Eintritt berechtigen, im Herzog Christian von Montag, den 18. August an. — Numerierte Plätze 2 Mark, unnumeriert 1 Mark.

Oeffentliche Hauptprobe des Festspiels

Schüler- und Schülerinnen-Vorstellung

Sonnabend, 23. Aug., abds. 7 Uhr, im Neuen Schützenhause.

Theaterzettel, die zum Eintritt berechtigen, ebenfalls von Montag, 18. August, an im Herzog Christian. Preis 50 Pf.

Ladenlokal,

in bester Lage mit modernen Schaufenstern für sofort od. 1. 9. gesucht. Off. u. 486 a. d. Exp. d. Bl.

— Schreibmaschinen —
Spezial-Reparatur-Werkstatt
für sämtliche Systeme
An- und Verkauf neuer u. gebrauchter Maschinen.
Gustav Engel, Merseburg a. S., Weißenf. Str. 7, Fernruf Nr. 203.

Ein Transport

Läuferschweine

frisch eingetroffen.

Ernst Baumann, Gothardistr. 30

Leichte

Hochsommerstoffe

von M. 5.— an
in großer Auswahl bei

Otto Dobkowitz.

Laufende Einnahme

durch zwanglose Beschäftigung, passend für Buchhalter mit engl. Arbeitszeit, Kolonialwarenhändler oder pens. Herren. Zuschriften erbeten unter **482** an die Exped. d. Bl.

Herren, auch ohne Vermög., welch. i. schnellst. glückl. verheir. wollen, erh. sof. diskret vermögende Damen nachgewiesen von Concordia, Berlin O. 34.

Strengste Verschwiegenheit!! Frdul. v. Lande (19 J.), in allen häusl. Arbeiten erfahren, mit Vermög., **wünscht die Bekanntschaft eines Herrn** im Alter v. 20 bis 24 J. Professf. u. flott. Tänzer bevorz. Selbiger kann unvermögend sein. Bild erwünscht, wird zurückgeschickt. Off. unter **494** an die Exped. d. Bl.

Violin-Unterricht

ert. akad. gebild. Konzertmeister. **Paul Wulf,** Gotthardstraße 22 (gold. Hahn).

Wo kann ja Mann, 26 J. alt, **Unterricht** erhalten im Rechnen, Buchführung und Maschineschreiben? Off. u. 495 a. d. Exped. d. Bl.

Wer erteilt Kriegsbeschädigten **Unterricht in Statik?** Off. unt. **OB 479** an die Exp. d. Bl.

Wer erteilt Obrsa.-Lehrlg. **latein. Unterricht?** Werte Offerten mit Preisangabe unter **D 480** an die Exped d. Bl.

Junger, perfekter

Maschinen-schreiber,

auch in allen andern Bürearbeiten gut vertraut, sucht per sofort Stellung. Off. unt. 483 an die Exp. d. Bl.

Älterer, zuverlässiger und erfahrener Mann **sucht Beschäftigung** gleich welcher Art. **F. Kuchenburg,** Neumarkt 27.

Junger Handlungsgehilfe sucht sofort oder später **Stellung als Verkäufer od. Lagerist.** Angeb. unter **481** an die Exped. d. Bl.

Junges Mädchen, welches schon in besseren Häusern war, **sucht Stellung als Stütze.** Gefl. Off. unt. **M B 478** a. d. Exp. d. Bl.

Ziegelei-Maschinist,

tüchtiger Reparaturschlosser, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, in einer Ziegelei oder auch anderem Betriebe zum 1. Oktober oder später dauernde Stellung. Offerten unter „Ziegelei" an die Expedition d. Bl. erbeten.

Gesucht

10 Mädchen

für Land- und Hausarbeit

und

4 Hausmädchen

für die Stadt

bei gutem Lohn u. Verpflegung. Meldungen mit Zeugnissen an

Oefftl. Arbeitsnachweis
Weibliche Abteilung
Kl. Ritterstr. 15 Fernruf 195.

Tücht. Verkäuferin,

evtl. auch in Schneiderei bewandert, für mein Modewarengeschäft für 15. 9. oder 1. 10. gesucht. Gehaltsansprüche bei freier Pension erbeten an

Modenhaus Freya Hötzel, Eckartsberga i. Th.

Zuverläss. Frau für Stallarbeit

sofort gesucht.

Bürgerl. Brauhaus.

Weg. Verheir. m. jetzig. suche per 1. 9. oder 1. 10. 19

tücht., erfahrene Köchin.

Angebote bezw. Vorstellung an Frau Direktor Wagner, Rittergut Runstedt, Station Frankleben bei Merseburg.

Gesucht zu älterem Ehepaar **Mädchen,** das bürgerl. kochen kann, und Stubenmädchen.

Klingholz, Klavierator 5.

Suche zum 1. oder 15. September ein erfahrenes **Hausmädchen.** Frau Professor **Kaiser,** Halle S., Steinweg 16.

Dienstmädchen,

16—17 Jahr alt, gesucht.

Bahnhofs-Rest. Niederbenna.

Aufwartung

sucht Frau Sanitätsrat Karow, Entenplan 9.

Aufwartung

für Vormittag gesucht

R. Wetzel, Bahnhofstr. 4.

Abhanden gekommen

uncupiert gelb. braun. Pinscher auf den Namen „Prinz" hörend. Gegen Belohnung abzugeben Weißenfelser Str. 21, pt.

Warnung!!

Auf meinen Feld- und Gartengrundstücken sind Selbstschüsse gelegt. **Alfr. Opitz,** Zeppelinstr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190820-10/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent“.

Nr. 185 — Mittwoch, den 20. August 1919 — 46. Jahrg.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 18. August.

22. Sitzung.

Am Regierungstisch: Erzberger, Dr. David, Müller, Noske und Dr. Bell.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10,25 Uhr.

Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung die erste und zweite Beratung eines Gesetzes über einen

Anleihekredit für das Jahr 1919.

Dadurch soll der Reichsfinanzminister ermächtigt werden, zur Bestreitung einmaliger außerordentlicher Ausgaben 9 Milliarden Mark im Wege des Kredits flüssig zu machen.

Abg. Hugenberg (Dn.) zur Geschäftsordnung: Als wir der heutigen Tagesordnung am Sonnabend zugestimmt haben, mußten wir annehmen, daß sich damals bereits die Vorlage in unserer Hand befand. Der Irrtum ist entschuldbar, da es unmöglich ist, zu wissen, welche Gesetzesvorlagen dem Hause zugegangen sind. (Lebhafter Widerspruch.) Wie wenig die Vorlagen dem Hause bekannt sind, ist aus einem Vorfall in der Sonnabend-Sitzung zu entnehmen. In einem Paragraph des Grunderwerbsgesetzes war eine Zeile ausgefallen, wodurch der Paragraph völlig unsinnig geworden war. Trotzdem wäre der Paragraph in dieser unmöglichen Fassung angenommen worden, weil weder die Regierung, noch der Präsident, noch irgendein Mitglied des Hauses den Fehler bemerkt hatte, wenn nicht loyalerweise ein Mitglied der Opposition auf den Irrtum aufmerksam gemacht hätte. (Große Unruhe links.) Die Vorlage ist uns erst am Sonntag morgen zugegangen, sie konnte also gemäß § 18, wonach eine Vorlage frühestens am dritten Tage nach ihrer Bekanntgabe auf die Tagesordnung gesetzt werden darf, heute nicht zur Beratung gestellt werden. In der letzten Zeit sind ja manche Gesetze

mit einer Oberflächlichkeit beraten worden, die eigentlich der Würde des Hauses nicht entspricht.

Wenn die Mehrheit dies Verfahren mit ihrer Würde vereinbaren kann, dann sollte sie wenigstens beschlußfähig hier vertreten sein. Das ist in den letzten Tagen dauernd nicht der Fall gewesen. Die Kritik der Bevölkerung gegen das hier beliebte Verfahren ist sehr scharf. Wir haben den Eindruck, daß durch die überstürzte Art der Vorlegung die

Gründlichkeit der Behandlung sogar vermieden

werden soll. Das können wir nicht mehr mitmachen und beantragen Absetzung dieser Vorlage. (Lebhafter Beifall rechts, große Unruhe links.)

Präsident Fehrenbach: Durch die Begründung des Antrages ist es dem Hause sicher schwer geworden, ihn anzunehmen; ich bitte aber doch, dem Vorsitzenden Nachsicht zu gewähren.

Reichsfinanzminister Erzberger: Wenn Sie dem Antrag stattgeben, machen Sie es dem Reichsfinanzministerium unmöglich, ordnungsmäßig Gelder auszugeben. Wir

geraten dann vor dem Staatsbankerott.

(Große Bewegung links, lebhafte Unruhe rechts.) Die Nationalversammlung möge jetzt wenigstens die erste Lesung vornehmen und das Gesetz an den Ausschuß verweisen. Dann bleibt für gründliche Beratung des Gesetzes genügend Zeit.

Abg. Schulz-Bromberg (Dn.) widerspricht dem Vorschlage des Reichsfinanzministers.

Präsident Fehrenbach: Zur Abkürzung der Aussprache möchte ich darauf hinweisen, daß mir die Antragsteller mitgeteilt haben, sie würden keine Schwierigkeiten machen, wenn ihnen Gelegenheit zur Vorberatung des Gesetzes gegeben werde. An dieser Versicherung hat die Art der Begründung des Antrages allerdings Zweifel erweckt. (Zustimmung links.)

Reichsfinanzminister Erzberger bringt noch einmal auf Erledigung der ersten Lesung.

Abg. Dr. Heintze (D. Vpt.): Wir verlangen ebenfalls Absetzung der Vorlage. Wir sind in der letzten Zeit

mit Gesetzesvorlagen überschüttet

worden, von denen die Mehrheitsparteien sehr genaue Kenntnis hatten, während die Minderheitsparteien davon nicht unterrichtet waren. (Beifall rechts, Unruhe links.)

Abg. Dr. Dernburg (Dem.): Es ist unverantwortlich, daß der Abg. Dr. Hugenberg davon gesprochen hat, hier werde Theater getrieben. (Lebhafter Beifall links, Lärm rechts.) Die Vorlage ist nicht kompliziert. Jeder Kenner des Etats weiß, daß sie vollauf begründet ist. Die Rechte macht hier ganz einfach einen

Versuch zur Störung der Geschäfte.

(Lebhafter Beifall links, Widerspruch rechts.)

Abg. Schulz-Bromberg (Dn.): Wenn die erste Lesung überhaupt einen Sinn haben soll, müssen die Parteien noch einen unterrichteten Redner vorschicken können, dazu haben wir aber keine Möglichkeit gehabt.

Abg. Dr. Hugenberg (Dn.): Der Reichsfinanzminister Erzberger hat behauptet, wir ständen vor dem Bankrott, wenn die Vertagung der Vorlage erfolgen sollte. Davon wird er keinen ruhig und billig denkenden Beurteiler überzeugen können. Wenn die Sache so schlimm stand, dann wäre es auch nötig gewesen, das acht Tage früher zu sehen. (Beifall rechts.)

Reichsfinanzminister Erzberger: Das von den Antragstellern geforderte genauere Studium der Vorlage ist wertlos, weil ich zur Begründung Ergänzungen zu machen habe, die ich hier nicht machen kann und die dartun, warum ich in diesem Augenblick die Beratung der Vorlage verlangen muß. Vorherige Informationen sind keiner Partei gemacht worden. Die Annahme des Antrages Hugenberg würde von

schweren unabwendbaren Folgen

begleitet werden.

Abg. Keil (Soz.): Es ist ganz offenkundig, daß die Rechte der Regierung Schwierigkeiten machen will. Die Rechte hat nie ein Wort des Bedenkens geäußert, als die Kriegskreditvorlagen, bei denen es sich nicht nur um Bewilligung von 10 bis 15 Milliarden Mark handelte, sondern auch um die Frage: Fortführung des Krieges oder Friedensschluß, ohne Erörterung erledigt wurden. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Geyer (U. S.): Die Gesetzesvorlagen werden hier tatsächlich in einer beispielslosen Hast eingebracht. Zu dieser Hast gesellt der Reichsfinanzminister auch noch den

Druck der Drohung mit seiner Demission.

Wir werden uns keinerlei Gebahren aufzwingen, wenn wir die Beratung dieses Gesetzes um 24 Stunden vertagen.

Abg. Schulz-Bromberg (Dn.): Die früheren Kriegskreditentwürfe und diese Vorlage kann man nicht vergleichen. Der Reichsfinanzminister hat selbst hervorgehoben, daß in seiner Begründung etwas Entscheidendes fehlt. Das müssen wir vor Eintreten in die erste Lesung erfahren. Dadurch wird die Erledigung des Gesetzes vor der Sommerpause nicht in Frage gestellt, so daß der Reichsfinanzminister

zu unserem Bedauern nicht zur Demission zu schreiten

braucht.

Damit schließt die Geschäftsordnungs-Aussprache.

Der Antrag der Deutschnationalen wird gegen die Stimmen der Rechten und der Unabhängigen abgelehnt.

Es folgt die

erste Beratung des Gesetzes über einen Anleihekredit für das Jahr 1919.

Reichsfinanzminister Erzberger erklärt unter Hinweis auf seine Ausführungen im Verlauf der Geschäftsordnungs-Aussprache, daß er nach Erledigung der ersten Lesung des Gesetzes und Verweisung an den Ausschuß dort weitere Mitteilungen zur Begründung machen werde.

Abg. Dr. Dernburg (Dem.) beantragt Verweisung der Vorlage an den Ausschuß.

Das Haus beschließt dementsprechend.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über die Entschädigung der infolge der

Verminderung der Wehrmacht

ausscheidenden Offiziere. Den Bericht erstattet Abg. Dr. Oberfohren (Dn.).

Abg. Grünewald (Dem.): Das Gesetz gibt die Gelegenheit, ein Gefühl des Dankes unseren Offizieren auszusprechen. Wir begrüßen es, daß wir ihnen den Übergang zu einem anderen Beruf damit erleichtern können. Wir behalten uns etwaige Anträge vor und werden auch gegebenenfalls für solche von anderer Seite stimmen.

Abg. v. Graefe (Dn.): Das Gesetz sollte mit Einmütigkeit angenommen werden, weil es den Dank der Nation für einen Teil der Armee ausspricht. Gegen alle Mißverständnisse ist festzuhalten, daß es sich hier in erster Linie um eine Rechtsfrage handelt.

Reichswehrminister Noske:

Es ist richtig, daß sich

sehr viele Offiziere zurzeit in schlechter Lage

befinden, daß es einer beträchtlichen Anzahl von Kapitulanten geradezu trostlos geht, und dieser Zustand wird durch die Ausführung des Friedensvertrages, der von der Regierung ehrlich und loyal durchgeführt wird, noch eine weitere Verschärfung erfahren. Wir müssen

Zehntausende von Berufsoffizieren entlassen.

Vor der Öffentlichkeit muß ich feststellen, daß Zweifel daran geäußert worden sind, ob Deutschland den Friedensvertrag loyal durchführen werde, auch in militärischen Fragen, und daß falsche Behauptungen über die Zahl der noch vorhandenen Soldaten aufgestellt worden sind. Namentlich hat die unabhängige sozialdemokratische Presse solche total falschen Behauptungen gebracht und damit in Frankreich eine Hauptsorge wachgerufen, so daß Frankreich sich nicht entschließen kann, uns die deutschen Kriegsgefangenen zurückzugeben (lebhaftes Hört, hört!), weil man befürchtet, sie könnten eine Vermehrung der deutschen Heeresmacht werden, von der man sich im Auslande noch immer übertriebene Vorstellungen macht. Falsch ist die Auffassung und sie wird auch von verständigen Offizieren nicht geteilt, daß das Reich ihnen gegenüber eine besondere Dankespflicht zu erfüllen habe, weil sie sich in den Tagen der Revolution zur Verfügung gestellt hätten, um gemeinsam mit der Regierung Deutschland vor dem Chaos zu bewahren. Die Offiziere haben damit nicht zuletzt auch ihrem eigenen Interesse gedient. Die Vorgänge in der Kommission hat Herr v. Graefe durchaus tendenziös besprochen. Der Ausschuß hat die Vorlage der Regierung geändert; aber von ihrem Grundgedanken ist er nicht abgewichen. Daß nicht alle Wünsche restlos erfüllt werden konnten, bedauere ich. An der Tatsache ist nicht zu deuteln, daß Herr v. Graefe in der Kommission gesagt hat, man möge ja ruhig in das Gesetz noch mehr hineinschreiben, man wisse doch, daß Deutschland nicht in der Lage sei, das Zugesagte zu erfüllen. (Großer Lärm rechts und erregte Zurufe.) Die Regierung darf

eine solche Politik nicht treiben.

Was in Aussicht gestellt wird, muß auch tatsächlich gezahlt werden können. In beiden Gesetzen ist der sogenannte Härteparagraph aufgenommen worden, der dem Finanzminister und mir die Berechtigung gibt, zur Linderung hervortretender Mängel alles Zweckdienliche zu veranlassen. Ich gebe die bündige Erklärung ab, daß davon in der wohlwollendsten und warmherzigsten Weise Gebrauch gemacht werden wird.

Reichsfinanzminister Erzberger:

Ich stimme mit dieser letzten Erklärung vollkommen überein. Ganz besonders wird unser Wohlwollen dem sogenannten Kriegsleutnant und der Lösung der Frage der Umzugsgebührnisse gelten. In weitgehendstem Umfange ist das Entgegenkommen der Regierung gewährleistet. Die Reichsregierung ist

von dem größten sozialen Verständnis

gegenüber diesen Bevölkerungsklassen getragen, und die Ausführung der Gesetze wird zeigen, daß es sich nicht um Worte, sondern um praktische Taten handelt.

Abg. Stücklen (Soz.): Der Gesetzentwurf erfüllt die moralische Pflicht des Reiches. Eine rechtliche Pflicht können wir nicht anerkennen, den Offizieren in der Übergangszeit zu helfen. Von der Pflicht einer besonderen Dankbarkeit den Offizieren gegenüber kann man nicht sprechen. Gewiß, die Offiziere haben im Kriege ihre Schuldigkeit getan mit Ausnahme derer, die in der Etappe und weit vom Schuß angenehme Stellungen bekleidet haben, und die leider trotzdem auch unter das Gesetz fallen. Aber die einseitige Betonung dieses Gesichtspunktes würde dahin führen, daß den Offizieren eine Belohnung für Kriegsdienste gegeben werden soll. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Offiziere die Regierung unterstützt haben, so lag das auch in ihrem eigenen Interesse. Bei der Überführung der Offiziere in den Zivildienst im Reich, Staat und Gemeinden müssen die militärischen Rangverhältnisse völlig ausscheiden. Wir sind der Meinung: das Gesetz ist so gut, daß es einstimmig angenommen werden könnte. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Mittelmann (D. Vpt.): Die Auffassung, als ob die Offiziere mit ihrem Eintreten für die Regierung auch ihr eigenes Interesse vertreten, vermag ich nicht zu teilen. Der preußisch-deutsche Offizier ist von jeher gewohnt gewesen, selbstlos seine Pflicht zu tun.

Die Besprechung wird 1/2 Uhr abgebrochen. Wiederbeginn der Sitzung um 1/4 Uhr.

Nachmittagssitzung.

Um 1/4 Uhr erklärt Vizepräsident Haußmann die Sitzung für wieder eröffnet.

Am Regierungstische: Noske, preußischer Kriegsminister Reinhardt und Dr. Bell.

Die zweite Beratung des

Entwurfes eines Offiziersentschädigungsgesetzes

wird fortgesetzt.

Abg. Bolz (Ztr.): Der politische Grundgedanke des Gesetzes ist vom Zentrum und von den Sozialdemokraten nicht im geringsten angefochten worden. Wir haben uns nur gegen das gewendet, was zu viel an alten Regierungsgeist in dem Entwurf noch enthalten war. Die ganze Stellungnahme der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei läuft auf Agitation hinaus.

Preußischer Kriegsminister Reinhard:

Ich stehe nicht an, meinen Dank auszusprechen für die außerordentlich eingehende Arbeit, die der Ausschuß dem Gesetzentwurf gewidmet hat. Ich erkenne auch an, daß er in manchen Einzelheiten das Gesetz verbessert hat. Andererseits kann ich allerdings keinen Zweifel darüber lassen, daß die Vorlage nicht so aussieht, wie wir sie gewünscht hätten. Nur bedeutet in unseren Augen der Bedürftigkeitsnachweis ganz gewiß keine Verbesserung. Wichtiger ist

die Frage der Kriegsleutnants.

Die Kriegsleutnants, das ist richtig, haben am wenigsten Anspruch, aber sie sind der Zahl nach die große Masse derjenigen, die jetzt berufslos sind, und sie haben es besonders nötig. Für den Fall, daß sie nicht mehr in das Gesetz Aufnahme finden sollten, sind aber der Reichsfinanzminister und der Wehrminister der Ansicht, daß sie auf Grund des Härteparagraphen in gewissem Umfange nach Maßgabe derjenigen Dienste, die sie nach dem Kriege dem neuen Staate geleistet haben, entschädigt werden sollten. (Hört, hört! bei den U. S.) Von großer Bedeutung ist ferner die Lücke, die bezüglich der Nichtanrechnung der Übergangszeit zu Ungunsten der Offiziere geschaffen worden ist. Was anderen Beamten auf Grund des allgemeinen Beamtengesetzes zugebilligt ist, soll hier den Offizieren verlagt werden. Ich würde es sehr begrüßen, wenn durch eine befriedigende Lösung dieser Frage

volle Beruhigung in die Kreise der Offiziere

hineingetragen wird. In der Frage der Umzugsgebühren soll auf Grund des Härteparagraphen nach Möglichkeit geholfen werden. Ich weiß aus eigener Erfahrung: es hat manche Teilnehmer gegeben, die es wohlweislich abgelehnt haben, Leutnants zu werden, weil sie wußten, daß diesen Leutnants eine schwere Verantwortung auferlegt wurde, und daß sie einen sehr viel höheren Prozentsatz zum Sterben liefern mußten, als manche anderen. Also ganz verbienstlos sind diese Kriegsleutnants nicht. Was dann

die Agitation der Offiziere

anlangt, so möchte ich sagen: soweit Ungehörigkeiten dabei vorgekommen sind, so haben sie Remedur oder die entsprechende Zurückweisung gefunden. Es ist dankbar anzuerkennen, daß auch diejenigen Elemente unter den Offizieren, die durch das Elend wirtschaftlicher und sozialer Art in eine Art Verzweiflung hineingetrieben worden sind, sich nicht gewissen überradikalen Elementen als Führer zur Verfügung gestellt haben.

Abg. Seger (U. S.): Das Gesetz will den Offizieren und Unteroffizieren wieder eine bevorzugte Stellung geben. Das lehnen wir als undemokratisch ab. Die Vorlage ist gesetzlich unbegründet und finanziell nicht zu verantworten. Wir lehnen sie also ab.

Im Buchengrund.

Original-Roman von H. Courths-Mahler.

46. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Das hätte ich mir gestern nicht träumen lassen, daß ich heute hier an dem alten Franzosenstein mit Ihnen plaudern würde. Das ist doch eine Schicksalsfügung, nicht wahr?“

„Jedenfalls ist es ein seltsames Zusammentreffen,“ antwortete Jutta, die Augen auf ihre Arbeit gerichtet.

Er betrachtete sie wieder eine Weile, ohne zu sprechen. Sie hatte den Hut abgenommen und ihn neben sich ins Gras gelegt. Die Sonne spielte auf dem nußbraunen Haar. Auf ihrem Gesicht lag ein Ausdruck, gemischt aus sinnendem Ernst und heiterer Lebensfreude.

Dann plauderten sie zusammen wie sehr gute Freunde. Günter sprach von seinen Arbeitsplänen, und Jutta mußte ihm dies und das aus ihrem Leben erzählen. Nur von ihrem Bruder sprach sie nicht. Sie vermochte nicht davon zu sprechen, daß er sich erschossen hatte. So erwähnte Sie auch heute nicht, daß sie einen Bruder besessen hatte. Und doch hätte sie nur den Namen ihres Bruders auszusprechen brauchen, um ihn von einem qualvollen Irrtum zu befriedigen. Sie ahnte nicht, wie viel Schmerz sie ihm hätte ersparen können, wenn sie in diesem einen Punkte ganz offen zu ihm gewesen wäre.

Schnell verging ihnen die Zeit. Als Jutta einmal nach der Uhr sah, erschrak sie.

„O, schon so spät! Nun muß ich mich aber beeilen, nach Hause zu kommen!“ rief sie und erhob sich hastig.

Er sprang empor und half ihr das Gerät zusammenpacken.

Dann verabschiedeten sie sich.

„Würden Sie wohl dem alten Johann einen Gruß von mir bestellen, mein gnädiges Fräulein?“ fragte er bittend.

„Gewiß, Herr von Hohenegg. Ich glaube, er wird sich sehr freuen. Johann und ich sind schon sehr gute Freunde. Er sorgt herrlich für uns. Ihm verdanke ich auch den Hinweis auf diese herrliche Landschaft. Aber nun — Guten Tag.“

„Auf Wiedersehen, gnädiges Fräulein — bitte, sagen Sie: Auf Wiedersehen!“

Sie lächelte ein wenig verwirrt.

„Also ja — auf Wiedersehen!“

Schnell ging sie davon. In gehobener Stimmung, mit einer tiefen, stillen Freude im Herzen, legte sie ihren Weg zurück.

Jutta kam gerade nach Hohenegg zurück, als Johann mit einem Tablett in dem Speisezimmer der Schwestern verschwinden wollte, um dort den Tisch zu decken.

„Einen Augenblick, Johann! Ich habe Ihnen einen Gruß zu bestellen!“ rief ihn Jutta an.

Der alte Diener sah sie fragend an.

„Wir einen Gruß? Darf ich fragen, von wem, gnädiges Fräulein?“ Sie nickte mit glänzenden Augen.

„Von Herrn von Hohenegg.“

Das Tablett in des Dieners Hand zitterte.

„Von Junker Günter?“

„Ja, von ihm. Er ist gestern eingetroffen und wohnt im alten Herrenhause.“

Johanns Augen glänzten. Er dankte mit zitternder Stimme und trat schnell in das Speisezimmer. So schnell es anging, deckte er den Tisch; dann eilte er mit jugendlicher Leichtigkeit in den Obstflügel hinüber. Dort klopfte er an Frau Lauras Arbeitszimmer. Sie rief ihn herein und sah fragend von den Büchern auf, in denen sie eben abrechnete.

Erst wollte sie sich unwillig die Störung verbitten, aber ein Blick in Johanns erregtes Gesicht machte sie stutzen.

„Was gibt es, Johann?“

„Gnädige Frau verzeihen gütigst, wenn ich störe. Aber ich hörte soeben von dem gnädigen Fräulein — sie war am Franzosenstein, um dort zu malen — daß Junker Günter seit gestern in Hohenegg ist — drüben im alten Herrenhause wohnt er. Da glaubte ich, gnädige Frau müßten das wohl wissen.“

Frau Laura war in höchster Aufregung und überraschung aufgesprungen, sank aber sofort wieder in ihren Sessel zurück.

„Was — was hat meine Nichte gesagt?“ stieß sie heiser hervor.

„Sie bestellte mir einen Gruß von ihm.“

„Will er denn länger hierbleiben?“

„Das weiß ich nicht.“

„Und Sie möchten nun wohl gern so schnell als möglich zu ihm hinübergehen, Johann?“ fragte sie weiter, sich zur Ruhe zwingend.

„Wenn gnädige Frau es gestatten wollten. Ich möchte wohl gern meinen lieben, jungen Herrn wiedersehen! Ich habe ihn doch als kleinen Buben auf meinen Armen getragen.“

Sie winkte hastig ab.

„Ja, ja — ist schon gut — Sie können gleich nach Tisch hinübergehen. Aber das bitte ich mir nachmals aus, Johann, er darf nicht erfahren, daß ich etwas an dem Hause habe reparieren lassen. Auch nicht, daß ich die Möbel außerhalten ließ. Sie und Kathrin haben allein Ordnung gehalten, so gut es ging und so viel Ihre freie Zeit Ihnen das erlaubte. Dabei bleiben Sie, Johann! Verstanden?“

„Zawohl, gnädige Frau können ganz unbesorgt sein. Er erfährt nichts und wird es kaum merken, daß von Handwerkern etwas repariert wurde.“

„Er darf auch nichts merken. Sie wissen, er wäre imstande, das Haus sofort wieder zu verlassen. Also gehen Sie, Johann. Und sehen Sie zu, daß es ihm an nichts fehlt, falls er länger bleiben will. Sicher wird er sich zuerst die Kathrin holen. Die können Sie wohl beiseite nehmen. Sie soll sich an Sie wenden, wenn irgend etwas fehlt. Aber mich ganz aus dem Spiele lassen, verstanden?“

„Sehr wohl, gnädige Frau. Ich werde alles genau befolgen,“ versicherte Johann mit strahlendem Gesicht.

„Gut — und — ja — bitten Sie doch gleich das gnädige Fräulein auf einige Minuten zu mir. Sie können der Damen vielleicht eine Viertelstunde später servieren, melden Sie es der Köchin.

Johann zog sich zurück.

Als Frau Laura allein war, sprang sie wieder auf und lief im Zimmer auf und ab. Ihr Gesicht drückte Unruhe und Erregung aus, und in ihren Augen blitzte es seltsam.

Als Jutta gleich darauf eintrat, blieb sie mitten im Zimmer stehen und sah ihr entgegen.

Jutta bemerkte sofort, daß die alte Dame erregt war.

Frau Laura trat dem jungen Mädchen entgegen und sah ihr mit einem forschenden, fast hungrigen Ausdruck in die Augen. Ihre Stimme klang sehr unsicher, als sie heiser sagte:

„Bitte, nimm Platz, Jutta, und kehre dich nicht daran, wenn ich auf und ab gehe. Ich bin nie im Zicker vor Unruhe und Aufregung. Johann teilte mir soeben mit, daß du mit Günter Hohenegg gesprochen hast, daß er seit gestern im alten Herrenhause weilt. Du scheinst mir vom Schicksal auserseben, mir allerlei Kunde von ihm zu bringen. Ich habe dir gestern, halb wider meinen Willen, von meinen Gedanken und Empfindungen mehr verraten, als sonst einem Menschen. Es soll wohl so sein, daß ich Vertrauen schenke. Es ist etwas in mir, was mich direkt dazu zwingt. Du weißt, was Günter Hohenegg mir ist. Ich bitte dich inständig, mir ausführlich von der Begegnung mit ihm zu berichten.“

Jutta hatte sich geborsam gesetzt. Ihre schönen, klaren Augen sahen voll inniger Teilnahme in Frau Lauras Gesicht.

„Das will ich gern tun, Tante Laura.“

„Ist er nur für kurze Zeit hier?“

„Nein, er will vielleicht einige Jahre hier bleiben. Er hat sich seine alte Amme aus dem Dorfe geholt. Ich war an das Haus herangegangen und sah plötzlich, daß es bewohnt war. Als ich mich umwandte, stand er vor mir und war nicht weniger erstaunt als ich, daß wir hier zusammentrafen.“

„Gabst du dich als meine Nichte zu erkennen?“ forschte die alte Dame unruhig.

„Ja, Tante Laura.“

„Und er hat sich da nicht voll Abscheu von dir gewandt?“

„Nein, wir haben uns noch lange Zeit unterhalten.“

„Habt ihr auch — von mir gesprochen?“

„Ja,“ antwortete Jutta leise.

Da trat die alte Dame dicht vor Jutta hin.

„Aber das willst du mir nicht sagen, nicht wahr?“

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190820-10/fragment/page=0005

Reichswehrminister Noske:

Wenn im Ausland die Sorge vor der deutschen Militärmacht noch besteht, und deshalb die Frage der Kriegsgefangenen nicht weiter kommt, so tragen allerdings die Freunde des Vorredners dazu bei, indem sie dort falsche Vorstellungen über die deutsche Militärmacht hervorrufen. Noch gestern hat die „Freiheit" festgestellt, auf der sozialistischen Konferenz habe ein Redner der Unabhängigen die Zahl der deutschen Soldaten auf 800 000 bis 1 Million bezifiert. Das ist eine nichtswürdige Verdächtigung Deutschlands, die die armen Kriegsgefangenen zu büßen haben. (Sehr richtig! bei der Mehrheit. Unruhe bei den U. S.) Deutschland hat jetzt rund 400 000, aber sämtliche Leute darin eingeschlossen: Kurland, Litauen und der gesamte Grenzschutz. Diese Truppen verteilten sich bis vor kurzem zur Hälfte auf den Grenzschutz, die anderen im Innern des Landes. Inzwischen sind Verschiebungen eingetreten, da aus dem Osten beträchtliche Truppen abtransportiert sind. So ist es auch ein Unsinn, daß 50 000 deutsche Soldaten bereit seien, in den russischen Dienst überzugehen. Das ist nicht wahr. Bis 1. Oktober wird die Abrüstung auf 250 000 Mann durchgeführt sein. Die Voraussetzung für den raschen Abbau ist die rasche Verabschiedung des Gesetzes. (Beifall.)

Damit schließt die allgemeine Besprechung.

Eine Reihe Abänderungsanträge werden abgelehnt. Danach wird das Gesetz in dritter Lesung gegen die Stimmen der beiden Parteien der Rechten und gegen die der Unabhängigen angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des

Kapitulantenabfindungsgesetzes.

Abg. Schirmer (Ztr.): Der Entwurf bringt den Kapitulanten als Abschlagszahlung des Dankes, dem wir dem ganzen Heere schulden, erhebliche Vorteile und Abfindungen. Mehr gestattet die Finanzlage nicht. Schon die Kriegsverletzten und Hinterbliebenen können nicht so berücksichtigt werden, wie es wünschenswert ist.

Abg. Trinks (Soz.): Das Wettrennen um die Gunst der Offiziere machen wir nicht mit. Die Offiziere kommen aus reichen Kreisen, während die Kapitulanten uns näher stehen. Auch ihnen wollen wir aber nur versprechen, was wir nachher auch halten können. Das Gesetz schafft einen allgemeinen befriedigenden Zustand.

Abgeordneter Dr. Haas (Dem.):

Mit dem vorliegenden Gesetz wollen wir den Unteroffizieren, deren Vortrefflichkeit unbestreitbar gewesen ist, einen kleinen Teil des ihnen geschuldeten Dankes abstatten. (Beifall.) Gleichzeitig seien alle Arbeitgeber auf die moralische Verpflichtung hingewiesen, ehemalige Kriegsteilnehmer einzustellen. (Beifall.) Die Vorlage ist für Unteroffiziere teilweise günstiger gestellt, als für Offiziere mit der gleichen Dienstzeit. Die Vorlage geht bei den heutigen Verhältnissen bis an die Grenze des Möglichen. (Lebhafte Zustimmung.)

Preußischer Kriegsminister Reinhardt:

Im Namen der Unteroffiziere danke ich für die Anerkennung, die die Vorredner ihren Leistungen gezollt haben. Gegenüber den Einwänden, die seitens einzelner Unteroffiziere und einzelner Organisationen gemacht worden sind, stelle ich fest, daß die Unteroffiziere an diesem Gesetz bis zu den letzten vom Reichskabinett getroffenen Entscheidungen mitgearbeitet haben. Unvollkommenheiten werden durch den Härteparagraphen, dessen entgegenkommende Anwendung ausdrücklich auch der Reichsfinanzminister zugesichert hat, ausgeglichen werden können.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Kleinere Abänderungsanträge werden angenommen.

Danach erfolgt die Annahme des Gesetzes in zweiter Lesung. In der dritten Lesung, die sofort angeschlossen wird, erklärt der Abgeordnete v. Graefe (Dn.) und Dr. Graf zu Dohna (D. Vpt.), daß sie trotz Ablehnung ihres Antrages zu § 4 mit Rücksicht auf die kleine Verbesserung dieses Paragraphen dem Gesetz zustimmen werden. Danach erfolgt die Annahme des Gesetzes in der dritten Lesung mit den Stimmen aller Parteien gegen die Unabhängigen.

Es folgt die erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur

Ergänzung des Mannschaftsversorgungsgesetzes

vom 31. Mai 1906, des Offizierpensionsgesetzes vom 31. Mai 1906 und des Militärhinterbliebenengesetzes vom 17. Mai 1907.

Das Gesetz wird ohne Erörterung in zweiter und gleich noch in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs betr.

Erhöhung der Pensionen von Reichsbeamten,

die das 65. Lebensjahr vollendet haben. Die Vorlage wird mit der von der Kommission beschlossenen Änderung, wonach es auch auf diejenigen Beamten über 65 Jahren Anwendung finden soll, die seit Beginn des Krieges freiwillig in den Ruhestand getreten sind und in unmittelbarem Anschluß daran ohne Unterbrechung im aktiven Dienste weiter verwendet werden, in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die

Pensionierung von Reichsbeamten infolge der Umgestaltung des Staatswesens.

Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Darauf wird die Weiterberatung auf Dienstag vormittag 10 Uhr vertagt. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird u. a. auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung der Gesetzentwurf betreffend Ausführung des Friedensvertrages gesetzt.

Schluß 8½ Uhr.

*

Das Betriebsrätegesetz im Reichsrat.

Weimar, 19. Aug. Der Reichsrat hat das Gesetz über die Betriebsräte mit ganz geringen Änderungen technischer Art angenommen, so daß es jetzt der Nationalversammlung zugehen kann. Wie es scheint, soll noch der Versuch gemacht werden, wenigstens die erste Lesung vor der Pause zu erledigen, damit die Kommission mit ihrer Arbeiten beginnen kann.

Vermischtes.

Die Zungfrau in Flugzeug erreicht.

Bern, 18. Aug. Schweizerische Depeschen-Agentur. Sonntag früh ist der Schweizer Oberleutnant Ackermann mit Major Isler im Doppeldecker auf Jungfraujoch, 3600 Meter, gelandet.

Kammer-Lichtspiele

Kleine Ritterstraße 3 Fernruf 529

Ab Dienstag bis Donnerstag:

Künstlertage der Henny Porten!

„Das Maskenfest des Lebens"

Prächtiges Filmschauspiel in 4 Akten mit Henny Porten und nur ersten Künstlern.

Der Teufel!

Max Landas fünftes Abenteuer. 4 Akte. Aus dem Leben des berühmten Detektivs.

Hierzu ein vorzügliches Beiprogramm!

Quo vadis

Schw. Boilerofen, gebr. Inlett für Kinderbetten, Bettfedern und gebr. Kindermäsche zu verkaufen. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Gute alte Geige und Mandoline

zu verkaufen Krautstr. 17, 2 Tr.

Zu verkauf. weg. Platzmangel:

große Wickelkommode, neue Chaiselongue.

Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Einige Fuhren **Pferde-Dünger** hat abzugeben Markt 14.

1 Läuferschwein ist zu verkaufen. Zu erfragen in der Expedition d. Bl.

Blaue Wiener Häsin

mit 6 Jungen zu verkaufen Fischerstraße 16.

Kaninchen

zu verk. Unter-Altenburg 27.

Gute Melkziege, 1½ Jahr alt, mit ½ Jahr alten Lamm sowie blaue Wiener Kaninchen und 2 fette Gänse zu verkaufen Roonstraße 19, part.

Saanenziege

(5 Monate) verkauft oder vertauscht gegen Bock

Schule Kleinkayna.

Leere Weißwein-Flaschen

kaufen

Thiele & Franke.

Ein Esel mit Geschirr

wird zu kaufen gesucht. Robert Rudolph, Roßbach b. Weißenfels

Pferde zum Schlachten

kauft

Arthur Hoffmann,

Brühl 6,

Roßschlächterei,

Fernruf Nr. 264.

Inhaber der Erlaubnis zum Ankauf v. Schlachtpferden.

Birnen

gibt ab Poststraße 12.

Quo vadis

Freiwillige Krankenpfleger vom Roten Kreuz.

Freitag, den 22. d. M., abends 8 Uhr

Zusammenkunft

in der „Wartburg".

Arbeitsgemeinschaften und Fortbildungskurse der Merseburger Bildungsabende

1. **Pädagogische Arbeitsgemeinschaft.** Allgemeine Erziehungslehre, Pflege und Erziehung des Kindes. Jugendkunde. Gemeinsame Lektüre von pädagogischen Werken.
   Jeden Dienstag von 5—6 Uhr im Herzog Christian. Leiter: **Oberlehrer Hempricht.**
2. **Deutsche Literatur.** Gemeinsames Lesen der deutschen Klassiker.
   Jeden Dienstag abends von 8—10 Uhr im Herzog Christian. Leiter: **Oberlehrer Kaminski.**
3. **Kunstgeschichte.** Einführung in die deutsche Kunst. Die Maler des 19. Jahrhunderts.
   Jeden Freitag abends von 8½—10 Uhr. Leiter: **Mittelschullehrer Thielsen.**
4. **Buchführung.** Gewerbliche und kaufmännische, einfache, doppelte und amerikanische Buchführung. Unterweisungszeit 20 Stunden.
   Dienstag nachm. von 6—7½ Uhr, Freitag nachm. von 6—7½ Uhr, in den Räumen der Fortbildungsschule, Karlstraße 4. Leiter: **Fortbildungsschuldirektor Kessel.**
5. **Unterricht in der englischen Sprache.**
   Für Anfänger: Dienstag nachm. von 5½—7 Uhr, Donnerstag nachm. von 5½—7 Uhr; für Fortgeschrittene: Dienstag nachm. von 7—8½ Uhr, Donnerstag nachm. von 7—8½ Uhr in den Räumen des Gymnasiums. Leiter: **Oberlehrer Dr. Taube.**
6. **Unterricht in der französischen Sprache.**
   Für Anfänger: Dienstag nachm. von 5½—7 Uhr, Donnerstag nachm. von 5½—7 Uhr; für Fortgeschrittene: Dienstag nachm. von 7—8½ Uhr, Donnerstag nachm. von 7—8½ Uhr, in den Räumen des Gymnasiums. Leiter: **Professor Dr. Seele.**
7. **Unterweisung in der leichten Holzarbeit (Werkunterricht).**
   Dienstag nachm. von 6—7½ Uhr. Freitag nachm. von 6—7½ Uhr, in der Jugendwerkstatt des Herzog Christian. Leiter: **Lehrer Knüttel.**

Die Kurse sind für Erwachsene und Jugendliche vom 17. Jahre an bestimmt, nur zu den **Unterweisungen in der leichten Holzarbeit** werden Jugendliche vom 14. Jahre an zugelassen.

Meldungen zu den einzelnen Kursen werden beim **Hauswart im Herzog Christian** erbeten. Dabei ist eine Einschreibegebühr von 1 M. und das Unterrichtshonorar für einen **Monat** im voraus zu zahlen. Dieses beträgt je nach der Anzahl der festgesetzten Stunden monatlich 2—8 Mk. Für den Kursus in der Buchführung sind 20 Stunden angesetzt, hierfür beträgt das Unterrichtshonorar 10 M.

Weitere Kurse werden nach Bedarf veranstaltet.

Die Kurse beginnen in der 1. Woche des September.

Die Leitung der Bildungsabende.

Konsum- u. Spargenossenschaft für Merseburg und Umgegend (e. G. m. b. H.), Merseburg.

Die ausgeschriebene Stelle einer Verkäuferin ist besetzt. Für freundliche Bewerbungen sagen wir unseren besten Dank.

Der Vorstand.

Zigaretten!

(echt französische) 100 Stück 23 Mk. Offerten unter 485 an die Exped. d. Bl.

Fahrrad-Mäntel und Ersatzteile

liefert zu billigen Preisen

Otto Hampe, Frankleben.

Grünkohl-, Kohlrabi-, Salat-, Kohlrüben-, Endivien-Pflanzen

empfiehlt

Trebst, Gärtnerei, Nordstraße.

Kohlrabi-Pflanzen, Reife Birnen, Rotkohl, Weißkohl, Wirsing, Rote Rüben, Grüne Bohnen nur Mittwoch, stets frisch verkauft

Gemüsebau Rischmühle.

Weißer Scheuer- und Streusand

zu verkaufen Fischerstr. 1.

Rhabarber

a Pfund 30 Pfg.

Weißkohl

große feste Köpfe, a Pfd. 14 Pfg. für Wiederverkäufer billigst empf.

Emil Wolff.

Frische Tomaten und Weißkohl

empfiehlt in großen und kleinen Mengen

Trebst, Gärtnerei, Nordstraße.

35. Bildungsabend

Montag, den 25. August, abends 8 Uhr, im Saale des Schloßgarten-Pavillons.

Franz Schubert-Abend

von Professor Seele.

Eintrittskarten (numeriert) im Herzog Christian, von Dienstag, den 19. August, an, zu 1 Mark und zu 50 Pf.

Die Leitung der Bildungsabende.

Verein zur Förderung der Jugendpflege e. V. in Merseburg.

Wie seit einer Reihe von Jahren schon während des Krieges, so will auch dieses Jahr obiger Verein neben turnerischen u. rasensportlichen Wettkämpfen am

Sonntag, den 31. August 1919, in der Sternbergschen Badeanstalt in Merseburg ein

Jugend-Wett Schwimm Fest!

für die gesamte weibliche und männliche Jugend vom 12. bis 20. Lebensjahre im Regierungsbezirk Merseburg veranstalten, um diesen so gesunden, Geist und Körper stärkenden und stählenden Sport allgemein volkstümlich, aber vor allem unserer Jugend zu eigen zu machen; und zwar sollen 5 Einzelkämpfe:

Schnellschwimmen, Wasser-Springen, Lagen-Schul-Schnellschwimmen, Kopfweitsprung und Streckentauchen;

ferner für die letzten 4 Wettkämpfe ein **Staxelmehrkampf** und für die einzelnen Klassen **Wasserballspiele** stattfinden.

Alle Teilnehmer werden in 3 Klassen eingeteilt:

1. Knabenklasse Mädchenklasse 12—14 J.
2. II. männl. Jugendkl. II. weibl. Jugendkl. 14—17 J.
3. I. männl. Jugendkl. I. weibl. Jugendkl. 17—20 J.

Stichtag des Alters ist der 20. August 1919.

Genaue Ausschreibungen und Bestimmungen liegen aus bei:

allen Ortsausschüssen der Jugendpflege, allen Sport- und Jugendvereinen allen Schulleitern sowie im Jugendheim „Herzog Christian" und in der Sternbergschen Badeanstalt.

Sämtliche Startmeldungen sind bis zum 24. Aug. ds. Js. an Herrn Erich Altstädt, Merseburg, Blanckestrasse 3, einzusenden.

Der Arbeitsausschuß für Jugendpflege.

In sehr gut Auswahl trafen wieder beste hochtragende u. frischmelkende **Kühe** und **Kalben** Ostfriesl. u. Weser-marschvieh, dabei Zugkühe, bei uns ein.

Gustav Daniel & Co., Weißenfels a. S.

Vieh- und Pferdegeschäft. — Fernsprecher 57.

Quo vadis

B.-V. „Hohenzollern".

Mittwoch, den 20. August abends 1/28 Uhr, im Casino

außerordentliche Generalversammlg

Wichtige Tagesordnung.

Der Vorstand.

Freiwill. Feuerwehr

Montag, den 25 August 1919, abds 8 Uhr

Korpsübung

Vollzählig, u. pünktliches Erscheinen ist erforderlich.

Das Kommando.

Gauwetturnen

Am Mittwoch, den 20. Aug. d. J., abends 8 Uhr, im Neuen Schützenhaus

Sitzung der sämtlichen Ausschüsse

für das Gau-Wetturnen am 24. August d. Js.

Der Haupt-Festausschuß.

Achtung! Achtung!

Wäsche zum Waschen und Plätten

wird dauernd angenommen. Liefere saubere Arbeit bei soliden Preisen. Auf Bestellung wird frei abgeholt und geliefert.

Frau Klara Brode, Johannisstr. 1 Johannisstr. 1.

Kleidungsstücke

werden sauber zertrennt bei Frau Pölfing, Saalstraße 3, Hof links.

Fuhren aller Art

wie Kohle, Sand, Asche usw. besorgt **Emil Jentsch,** Neumarkt 76.

Quo vadis

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190820-10/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich 4,60 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 4,80 Mk.; durch die Post 4,80 Mk. ausschließlich Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 4,90 Mk. Einzelnummer 10 Pfg.

Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 15 Pfg., im Reklameteil 50 Pfg., für Chiffreanzeigen und Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.

:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 185 — Mittwoch, den 20. August 1919 — 46. Jahrg.

Abbau der Zwangswirtschaft.

Von C. Delius, Mitglied der Nationalversammlung.

Während des Krieges hat die Bevölkerung unter der Zwangsbewirtschaftung schwer geseufzt. Man war allgemein der Meinung, daß hier des Guten zu viel geschehen sei. Es blieb schließlich überhaupt nichts mehr übrig, was nicht unter Zwangsbewirtschaftung gestellt wurde. Daß damit häufig das Gegenteil erreicht wurde, ist bekannt. Für manche Nahrungsmittel war selbstverständlich eine Zwangsbewirtschaftung unbedingt erforderlich. Wer könnte etwa glauben, daß wir mit unserer Brotversorgung noch so leidlich durchgekommen wären, wenn nicht die öffentliche Bewirtschaftung erfolgt wäre?

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Zwangsbewirtschaftung sehr viel Nachteil und Unbequemlichkeiten im Gefolge hatte. Durch die Berufung von Nichtbeamten glaubte man zwar, daß kein Bürokratismus in den Verwaltungen dieser Stellen Platz greifen könnte. Freilich, hier erlebte man eine große Enttäuschung. Wenn früher mit Recht über den Bürokratismus der Behörden gesprochen worden ist, so ist der Bürokratismus bei den Kriegsstellen zum mindesten nicht kleiner, in den meisten Fällen aber viel krasser geworden. Tausende von Kriegsverordnungen sind erlassen worden, Verordnungen, die schon bei der Herausgabe den Stempel der Undurchführbarkeit in sich tragen. Durch diese vielen oft sehr unnötigen Eingriffe in die Bewegungsfreiheit der Erzeuger und Verbraucher ist eine ungeheure Mißstimmung in allen Kreisen der Bevölkerung erzeugt worden; namentlich die vielen schikanösen Bestimmungen für die Landwirtschaft haben bei dieser einen geradezu fanatischen Haß gegen alle Kriegsstellen hervorgerufen. Auf der anderen Seite aber haben die Eingriffe nicht verhindert, daß das Verschieben von Lebensmitteln und sonstigen notwendigen Sachen vermindert worden ist. Im Gegenteil kann man behaupten, daß der Schleichhandel immer mehr zunimmt und die Preise aller Waren, die im Schleichhandel zu erlangen sind, eine geradezu unsinnige Höhe erreicht haben. Jedenfalls hat sich gezeigt, daß die völlige Erfassung aller Vorräte und die gleichmäßige Verteilung trotz aller Maßnahmen sich leider nicht erfüllt haben. Nun unterliegt es ja gar keinem Zweifel, daß trotzdem nicht sofort die Zwangswirtschaft vollständig aufgehoben werden kann. Aber es ist notwendig, alles das wieder frei zu geben, was nicht unbedingt festgehalten werden muß, um die Bevölkerung vor Hunger zu schützen.

Die Deutsche demokratische Partei der Nationalversammlung hat deshalb folgenden Antrag gestellt: die Reichsregierung zu ersuchen, den planmäßigen Abbau der Zwangswirtschaft für Erzeugnisse der Landwirtschaft alsbald in folgendem Sinne in die Wege zu leiten:

1. Die Bewirtschaftung des Getreides ist auf Brotgetreide zu beschränken.
2. Fleisch und Milch sind nur noch in Höhe des Bedarfes für Kranke und Kinder zu bewirtschaften.
3. Ebenso ist die Zwangsbewirtschaftung für Kartoffeln im Falle einer guten Ernte aufzuheben. Auf jeden Fall sind Landwirte mit einer Kartoffelanbaufläche unter 2 Hektar von der Zwangsbewirtschaftung zu entbinden.
4. Die Zwangswirtschaft für alle sonstigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist sofort aufzuheben.
5. Die Höchstpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sind unter Berücksichtigung der Preisveränderung der wichtigsten Ge- und Verbrauchsgegenstände, sowie der Arbeitslöhne angemessen zu gestalten.

Die Einbringung dieses Antrages wird gewiß in allen Kreisen der Bevölkerung freudige Zustimmung finden. Der Antrag hält daran fest, daß vorläufig das Brotgetreide noch zu bewirtschaften ist. Eine Freigabe des Brotgetreides im gegenwärtigen Augenblick würde nicht zu empfehlen sein, da wir nach der Ernte erst ersehen können, ob wir mit unseren Brotgetreidevorräten ausreichen und welche Zuschüsse aus anderen Ländern noch erhältlich sein werden. Jedenfalls wird für dieses Jahr eine Freigabe noch nicht in Frage kommen können.

Dagegen ist es durchaus richtig, Fleisch und Milch nur noch für Kranke und Kinder vorweg sicher zu stellen, und dann für die übrige Bevölkerung beides frei zu geben. Gerade hier hat die Bewirtschaftung [illegible] Schwierigkeiten in nie geahntem [illegible] daß unser Viehbestand [illegible] alte Höhe erreichen wird. [illegible] Schleichhändlern gezahlt [illegible] Umgehung der Zwangsbe[illegible] der Zustand doch so ent[illegible] Schleichhandel zu allerdings [illegible] konnte man für sehr hohe [illegible] Zwangsbewirtschaftung auf[illegible] bestand und tatsächlich [illegible] einer guten Ernte auch [illegible] Auch hier hat sich we[illegible] die Zwangsbewirtschaf[illegible] ermann hat bei der viel [illegible] zugebilligt war, große [illegible] falls waren diese Mengen [illegible] wirtschaftung erfaßten Kar[illegible] wäre es ein Unding und [illegible] Erschwerung der Versor[illegible] Zwangsbewirtschaftung [illegible] notwendig werden sollte, [illegible] Besitzer von der Abgabe [illegible] antrag, indem er eine An[illegible]

[illegible] tische Antrag, daß für [illegible] Erzeugnisse die [illegible] soll, also daß auch [illegible] und Butter frei zu [illegible] Rationierung aller Lebensmittel für den Landwirt selbst, mit Ausnahme des Brotgetreides, aufhört. Namentlich diese letztere Bestimmung würde bei der Landwirtschaft mit großer Befriedigung aufgenommen werden.

Wenn die freie Wirtschaft der landwirtschaftlichen Erzeugnisse eingeführt wird, ist natürlich selbstverständlich, daß eine Änderung der Höchstpreise stattfinden muß. Die Festsetzung der Preise muß natürlich in Einklang gebracht werden mit den Preisveränderungen der wichtigsten Verbrauchsgegenstände, Düngemittel usw., sowie der Höhe der Arbeitslöhne. Hier wird man die Preise so festsetzen müssen, daß auch dem Landwirt ein angemessener Gewinn verbleibt.

Jedenfalls zeigt dieser Antrag, daß es der Demokratischen Fraktion darauf ankommt, die Reibungsflächen, die durch die Zwangswirtschaft, namentlich auch in dem Verhältnis zwischen Stadt und Land, entstanden sind, zu beseitigen und durch die Freigabe der Wirtschaft wieder erträgliche Zustände für Erzeuger und Verbraucher herzustellen, insbesondere auch Mittel zu schaffen, was den unsinnigen Schleichhandel beseitigt und nach einiger Zeit eine angemessene Preisregulierung herbeiführt.

Die Durchführung des Friedens.

Die Entente und das Schicksal Memels.

Die vom Memeler Vorparlament zur direkten Verhandlung mit den Ententevertretern über die Klärung der künftigen Lage des Memelgebietes nach Berlin entsandte Kommission hat den alliierten Vertretern eine Denkschrift überreicht. Diese sagten ihnen, einer Königsberger Meldung des „Berl. Lok.-Anz." zufolge, schnelle Erledigung der Angelegenheit zu und stellten in Aussicht, daß eine Ententekommission baldigst an Ort und Stelle die Verhältnisse prüfen werde.

Wie unsere Kriegsgefangenen in England entlohnt werden.

Zu der Erklärung des Ministers Horne im Unterhause, daß die deutschen Kriegsgefangenen, die in England beim Ackerbau beschäftigt sind, den gleichen Lohn erhalten wie die britischen Arbeiter, teilt das Arbeiterblatt „Daily Herald" mit, daß die Bauern diese Beträge zwar auszahlen, aber nicht an die Kriegsgefangenen, sondern an die britische Regierung, die den deutschen gefangenen Arbeitern nur zwei oder drei Pence, das sind 25 ₰ täglich, zukommen lasse. Das übrige werde zurückbehalten, angeblich für den Lebensunterhalt der Gefangenen.

*

Der „Vater des Weltkrieges" gestorben.

Wie das Reutersche Büro aus Berlin meldet, ist der ehemalige russische Botschafter in Frankreich und ehemalige Minister des Äußern Iswolski in Paris gestorben.

Wenn die öffentliche Meinung der Welt die Macht hätte, eine wahrhaft objektive Untersuchung der Frage der Schuld am Weltkriege von 1914/18 durchzusetzen, dann würde sich sicherlich ergeben, daß Alexander Iswolski, der einstige langjährige russische Minister des Äußern und spätere Vertreter des Zarenreiches in Paris einer der Hauptschuldigen an dieser gigantischen Katastrophe gewesen ist. Aber obgleich ein solches Untersuchungsverfahren Traum bleiben wird, weiß man doch, daß er sich des ungeheuren Verbrechens schuldig gemacht hat, auf diesen Zusammenbruch der europäischen Kultur mit allen, auch den verwerflichsten Mitteln, hingearbeitet zu haben.

Den höchsten Triumph seines Lebens erlebte er in den ersten Augusttagen von 1914, als die französische Regierung mit Poincaré an der Spitze mit wünschenswerter Bereitwilligkeit die Konsequenzen aus der Rechnung zog, die Iswolski ihr aufgemacht hatte. Der Umweg von seiner ersten diplomatischen Stellung beim Vatikan über Belgrad ins Ministerium des Auswärtigen in Petersburg hatte seiner Politik frühzeitig die Wege gewiesen, auf denen er dann als Vertreter seines Landes in der französischen Hauptstadt an das erstrebte Ziel gelangte. Hier wie in Petersburg war er der erste Vorkämpfer für die Ideen des Panslawismus, und in beiden Stellungen war sein Sinnen und Trachten gewesen, den Zustrom der französischen Milliarden nach Rußland zu lenken, wo mit ihnen Festungsforts gebaut und die Armeekorps aufgestellt und unterhalten wurden, die dann, nachdem mit der sorgfältig vorbereiteten Mobilmachung des gesamten Heeres, auf dem mit demselben französischen Gelde erbauten strategischen Eisenbahnnetz an die deutsche und österreichisch-ungarische Grenze geworfen wurden.

Man sagt, die entscheidende Richtung habe seine Politik im Jahre 1908 erfahren, als der österreichische Minister des Auswärtigen ihn mit der Annexion Bosniens überraschend vor eine vollendete Tatsache stellte. Das mag zutreffen oder nicht, heute wissen wir, daß die Politik Iswolskis letzten Endes erst möglich wurde, nachdem die deutsche auswärtige Politik sich für Pläne entschieden hatte, die sie in Gegensatz zu England bringen mußten. Aber vielleicht dürfte Iswolski mit einigem Recht auf die alles übertreffende Bedeutung der Dardanellenfrage für Rußland als Erklärung für seine Politik hinweisen, seine eigentliche Schuld liegt auf ganz anderem Gebiete. Sie ist darin zu suchen, daß er die furchtbaren Konsequenzen seiner diplomatischen Wühlarbeit absichtlich übersah, weil er von der einzigen Hoffnung beherrscht war, Rußland durch einen siegreichen Krieg vor der Revolution zu retten. Tatsächlich aber hat er diese erst herausgeführt und außer ganz Europa vor allem sein unglückliches Heimatland der Vernichtung anheimgegeben, denn Rußland war das erste Opfer, was auf dem Altar des Weltbrandes gebracht wurde.

Neueste Nachrichten.

Neue Gesetzesvorlagen.

Weimar, 19. Aug. (Priv.-Telegr.) Der Nationalversammlung ist der Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrag, das in zehn Abschnitte zerfällt, nach erfolgter Zustimmung des Reichsrats zur Beschlußfassung vorgelegt worden. — Der Nationalversammlung ist ferner der Entwurf der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft vom 23. März 1919 zugegangen.

Eine Erklärung des Reichskanzlers über die Lage in Oberschlesien.

Weimar, 19. Aug. (Priv.-Tel.) Am Schlusse der heutigen Vormittagssitzung der Nationalversammlung gab der Reichskanzler Bauer über die Lage in Oberschlesien folgende Erklärung ab: „Während in Berlin zwischen Preußen und Polen über friedlich-schiedliche Nachbarschaft verhandelt wird, haben in Oberschlesien Aufwiegler einen gewaltsamen bewaffneten Aufstand herbeizuführen versucht. Es sind die verschiedensten Nachrichten über den Stand der Dinge in Oberschlesien verbreitet. Zu meiner Freude kann ich mitteilen, daß diese Nachrichten wesentlich übertrieben sind und daß es wesentlich besser steht, als man nach diesen alarmierenden Nachrichten annehmen sollte. Es ist um 12 Uhr mittags die Mitteilung eingegangen, daß das Generalkommando Herr der Lage ist. Wo Polen bewaffnet eingedrungen sind, sind sie zurückgetrieben oder gefangenommen worden. Nur im Gebiete der Linie östlich von Beuthen-Tarnowitz halten sich noch polnische Bewaffnete auf, die noch nicht gefaßt worden sind. Reguläre polnische Truppen sind auf deutschem Boden nicht angetroffen worden. Nach Meldungen des Generalkommandos trifft auch die Meldung über die Besetzung von Myslowitz nicht zu. Die Befürchtungen, die gehegt wurden, sind also nicht begründet. Wir sind militärisch stark genug, an dieser Psiche Herr zu werden. Es gibt eben nationalpolnische Kreise in Oberschlesien, die befürchten, daß die Volksabstimmung zu ihren Ungunsten ausfällt, und die deshalb unter allen Umständen jetzt schon feststehende Tatsachen schaffen wollen. Unsere Aufgabe wird sein, solche Bestrebungen zu verhindern und dafür zu sorgen, daß dem Friedensvertrag gemäß eine wirklich ungehinderte und unparteiische Entscheidung über Oberschlesien erfolgen kann. Die Regierung betrachtet es als ihre vornehmste Pflicht, die Oberschlesier vor solchen nationalpolnischen Angriffen zu schützen, und es gereicht uns zur Freude, feststellen zu können, daß die polnische Regierung diesen Dingen fernsteht und daß polnische Truppen sich nicht daran beteiligt haben. Ich glaube, daß diese Mitteilungen wesentlich dazu beitragen werden, beruhigend auch in Oberschlesien zu wirken" (Lebh. Beifall.)

Die Reichswehrtruppen in Chemnitz.

Chemnitz, 19. Aug. (Priv.-Telegr.) Die Reichswehrtruppen sind heute früh in Chemnitz eingerückt. Flieger warfen Proklamationen ab, in denen von der Besetzung der Stadt Mitteilung gemacht wurde und die Einwohnerschaft zur Ruhe ermahnt wird. Außerdem wurde eine Erklärung des Oberbefehlshabers Generalmajor Müller angeschlagen, in der die Besetzung der Stadt mit der Nichtbefolgung der Waffenablieferung begründet wird. Das Einrücken der Truppen vollzog sich ohne jede Störung.

Generalstreik im Ober-Elsaß.

Mülhausen, 19. Aug. (Priv.-Telegr.) Im ganzen Oberelsaß ist von der Arbeiterschaft ab Montag der Generalstreik erklärt worden. In Mülhausen hat die Straßenbahn den Betrieb eingestellt. Am Sonntag morgen setzte auch das elektrische Licht aus. Die öffentlichen Betriebe sind durch den Ausstand ebenfalls lahmgelegt.

Riesiger Franzosenzustrom nach der Pfalz.

Ludwigshafen, 19. Aug. (Priv.-Tel.) In der ganzen Rheinpfalz herrscht eine große Erbitterung über den riesigen Zustrom von französischen Zivilisten, die sich teilweise herausfordernd benehmen und wiederholt dadurch zu Zusammenstößen führten. Man befürchtet auch dadurch in der Pfalz Wohnungsenteignungen, da die von den französischen Behörden gepachteten Wohnungen und Zimmer nicht in dem Maße freigemacht werden können, wie es verlangt wird.

Balfours Balkanpolitik.

Basel, 19. Aug. (Priv.-Tel.) Einer Meldung seines Korrespondenten zufolge, berichtet der Mailänder „Secolo", daß der britische Auslandsminister Balfour kürzlich einem Balkanpolitiker erklärte: Entweder seid Ihr damit einverstanden, mit Österreich und Ungarn eine wirtschaftliche Union einzugehen oder wir werden uns damit befassen, in dieser oder jener Art die Donaumonarchie wieder zu rekonstruieren. Zu den Gegnern des neuen Regimes in Ungarn gehört in erster Linie Italien. Gegen die ungarische Reaktion richtet sich ferner die Demokratie der Weststaaten, vor allem Frankreichs.

Wieder eine Explosion eines Munitionslagers.

Bern, 19. Aug. (Priv.-Telegr.) Nach einer Meldung des „Temps" aus Maubeuge hat im Anormalo vorgestern eine zweite Explosion des Munitionslagers stattgefunden, der abermals 8 deutsche Kriegsgefangene zum Opfer fielen.

Zur Lage im Reiche.

Rückkehr der bayerischen Regierung nach München.

Berlin, 19. Aug. Die bayerische Regierung ist gestern von Bamberg nach München übergesiedelt.

*

Die Streikbewegung.

Der Streik in Oberschlesien geht weiter.

Seit Montag befinden sich weitere fünf Gruben des Rybniker Reviers und auch das Hubschiner Revier im Ausstand. Wie wir von zuständiger Stelle hören, kann an einer Verbindung zwischen den spartakistischen Elementen und den polnischen Regulären kaum noch gezweifelt werden. Über die Auffassung in Berlin erfahren wir im Reichswehrministerium, daß kleine Vorstöße der Insurgenten in Oberschlesien da und dort noch pariert werden, sonst aber alle Angriffe zurückgeschlagen worden sind. Das Generalkommando in Breslau glaubt auch weiterhin Herr der Lage zu bleiben. Montag früh sind alle Gruben militärisch besetzt worden, um Sabotage zu verhindern. Die Nachricht von dem Eingreifen polnischer Reguläre bestätigt sich. Dem Generalkommando des 6. Armeekorps vorliegende Nachrichten lassen erkennen, daß mit dem Zuzug weiterer polnischer Regimenter, und zwar Hallerscher Truppen, gerechnet werden muß.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190820-10/fragment/page=0007